Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 7. August 1931

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Vor dem Abgrund ?

SPD. In letzter Stunde ein Appell an die Vernunft!

Worum handelt es sich bei dem sogenannten Volksentscheid? Nicht etwa allein darum, ob in Preussen eine links- oder rechtsgerichtete Regierung die Geschäfte führen soll. Das Wesentliche ist, dass wiedereinmal ein grosser Teil unseres Volkes sich blindlings mit Hurra und Tschingdera kopfüber in den Abgrund stürzen will. Aber diesmal ohne die Entschuldigung, durch die Tücken irgend eines "Feindbundes" hierzu genötigt zu sein, sondern aus völlig freiem Antrieb.

Dieser Teil des Volkes hat die Lehre des 14.September 1930 nicht verstanden, oder vielmehr:man hat sie ihm absichtlich verheimlicht. Wie viele von denen, die am Sonntag mit Ja stimmen wollen, wissen wohl, dass der Nazi- und Kozi-Erfolg bei den letzten Wahlen vom Deutschen Volke mit annähernd 4 Milliarden Mark bezahlt werden musste, mit 4000 Millionen kurzfristiger ausländischer Anleihen, die infolge des geschwundenen Vertrauens in die Sicherheit der deutschen Verhältnisse zurückgezogen wurden und nun als Anlagekapital bei uns fehlen? Wie viele von den Ja-Stimmern wissen, dass dieser 14.September 1930 der Ausgangspunkt für das Ansteigen der Arbeitslosigkeit von 3 auf 5 Millionen, für die Katastrophe unseres Geldwesens im vergangenen Monat gewesen ist?

Es ist ein Bild von geradezu grausiger Ironie: am Sonnabend werden die Sparkassen soweit sein, um ihren Einlegern, die zum Teil ihr Geld schon für verloren gehalten haben, die vollen Guthaben ungeschmälert herauszahlen zu können. Und am Sonntag darauf werden hunderttausende der eben geretteten Sparer zum Volksentscheid gehen. - Warum? Damit sie in das gleiche Wasser, aus dem sie eben herausgezogen wurden, sofort wieder hineinfallen. Denn daran kann doch kein Mensch, der über den Horizont eines Gemüseladens hinauszusehen vermag, zweifeln. Sollte wirklich dieser wahnwitzige Volksentscheid siegen, dann würde die eben eingeleitete Stillhalte-Aktion der ausländischen Gläubiger in die Brüche gehen, dann wären neue Kapital- und Devisenabzüge grössten Ausmasses die Folge, dann ist in kürzester Frist der Tag anzusetzen, an dem die Banken wieder schliessen müssen, kein Reich sie mehr stützen kann, der Run auf die Sparkassen von neuem losgeht und die Sparer - diesmal aber wahrscheinlich für immer - auf die Auszahlung ihrer Guthaben werden warten müssen.

Ist es zu viel gesagt, wenn wir behaupten, dass dieser Volksentscheid in Wirklichkeit die Aufforderung zum Volksselbstmord ist? Man hetzt die Beamten an die Wahlurne, weil sie ihr August-Gehalt nur in Raten erhalten. Und was sollen sie tun? Einen Zustand herbeiführen, bei dem ihnen überhaupt niemand mehr wird Gehalt zahlen können. Man hetzt die Arbeiter auf durch den Hinweis auf die in der Krise gesunkenen Löhne und die verminderte Arbeitslosenunterstützung. Und was sollen sie tun? Durch eine Ja-Stimme für den Volksentscheid eine neue Erschütterung der Währung herbeiführen helfen, bei der erfahrungsgemäss die Löhne durch die rapide Geldentwertung in ein Nichts zerflattern, bei der die Arbeitslosenunterstützung nur noch in bedruckten Scheinen ohne

Wert bestehen würde.

Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass in dem Augenblick, in dem sich alle Feinde der Demokratie und der Republik zusammenballen, die Kommunisten als freiwillige Helfer zu ihnen stossen. Man kann feststellen, dass dies erst den Faschisten Mut gegeben hat. Sie hofften auf keinerlei Erfolg des Volksentscheides, konnten auch nicht darauf hoffen, nachdem sie beim Volksbegehren in vierzehntägiger Agitation es mit Ach und Krach auf 6 Millionen Einzeichnungen gebracht hatten. Es lag für die Seldte, Hitler und Hugenberg ausserhalb aller Möglichkeit, aus diesen 6 Millionen beim Volksentscheid die erforderlichen 13½ Millionen zu machen. Da meldete sich der Bundesgenosse Thälmann. "Jetzt ist die Lage anders!" jubelte alsbald Hugenberg. Etwas so Blödsinniges hat die Weltgeschichte überhaupt noch nicht gesehen, dass eine Partei, die sich als revolutionäre Arbeiterpartei bezeichnet, aus freien Stükken ins Lager der Reaktion schwenkt, nur, um dieser bei der Knechtung des Volkes behilflich zu sein.

Es ist plumper Schwindel, wenn die Kommunisten ihren Schäflein einen "roten" Volksentscheid vorgaukeln. Wodurch soll sich denn die angeblich "rote" kommunistische Ja-Stimme in der Wahlurne von der schwarzweissroten Nazi-Stimme unterscheiden? Wie will die KPD feststellen, wie viele von den Ja-Stimmen am Sonntag die Kommunisten gestellt haben und wieviel die Faschisten? Aber es kommt ja nicht auf die Zählung der Stimmen, sondern auf ihre Wirkung an. Die kommunistische Ja-Stimme wirkt genau so für Hitler und Hugenberg, wie die faschistische.

Für die Faschisten ist der Kampf um Preussen ein Kampf um die reale Macht. Es geht für sie um die Eroberung des Verwaltungsapparates und der Schutzpolizei. Damit die kommunistischen Wähler das nicht erkennen, verzerrt ihnen ihre Presse diesen Machtkampf in ein persönliches Geraufe um Futterkrippenstellen. Die Kommunisten halten es umgekehrt wie Ferdinand Lassalle: Anstatt wie Lassalle auszusprechen was ist, suchen sie ihren Anhängern zu verbergen, um was es geht. Ihre zum Ueberdruss wiederholte Frage, was denn der Unterschied zwischen einem Innenminister Severing und einem Innenminister Hitler sei, findet in der Wirklichkeit eine so augenfällige Widerlegung, dass man sie nur mit dem bekannten Scherzwort beantworten kann: "Was ist der Unterschied zwischen einer Kutsche und einer Lehmpfütze?" - Antwort: Man setze sich erst in die eine und dann in die andere, dann wird man den Unterschied sehr rasch bemerken!

In der Tat: die Kommunisten üben eine spezielle Selbstmord-Politik, wenn sie den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse zur Macht verhelfen. Der Unterschied zwischen einem preussischen Innenminister Severing und einem Innenminister Hitler wird in allererster Linie auch darin sein, dass man unter faschistischem Regiment von der jetzigen Grosschnauzigkeit der Kommunisten wahrscheinlich nicht das Geringste mehr bemerken wird.

Soll den Arbeitern der Wert des demokratischen und republikanischen Preussens erst klar werden, wenn sie diese ihre stärkste Machtposition endgültig verspielt haben? Nur die rechtzeitige Einsicht vermag zu nützen! Deshalb keine Stimme für diesen Volksentscheid, der Volksselbstmord und für die Arbeiterklasse speziell Klassenselbstmord ist.

Niemand gehe hin!

SPD. Die preussischen Landtagsabgeordneten Riedel und Dr. Zeitlin haben an die preussische Staatsregierung folgende zeitgemässe Kleine Anfrage gerichtet :

"Nach unwidersprochen gebliebenen Pressemeldungen gehört der Hugenberg-Konzern zu den namhaftesten Schuldnern der Danat- und der Dresdner Bank, die durch mittelbare und unmittelbare finanzielle Massnahmen der Reichsregierung gestützt werden mussten.

Wir fragen an: 1. Beruhen diese Pressemeldungen auf Wahrheit? 2. Wenn ja, ist die Staatsregierung bereit, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, dass diese für eine ordnungsgemässe und rechtzeitige Abwicklung dieser den heftigsten Gegner der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung eingeräumten Kredite Sorge trägt?"

+ + +

Tatsächlich hat Hugenberg bei der Danat und der Dresdner Bank mehrere Millionen Mark Schulden. Allerdings hat man bisher nichts darüber gehört, wie und wann diese Schulden beglichen werden sollen. Insofern ist die obige Anfrage als durchaus zeitgemäss zu begrüssen.

SPD. München, 7.August (Eig.Drahtb.)

Die "nationale" Presse Bayerns regt sich über den Auflage -Aufruf der preussischen Regierung fürchterlich auf. Bemerkenswert ist dabei, dass ausgerechnet die faschistischfreundlichen Blätter, wie der schwerkapitalistische "Fränkische Kurier" und die "Münchener Zeitung" als Streiter für die Pressefreiheit voranmarschieren. Ausgerechnet also die Blätter, die noch nie ein Wörtchen des Tadels über die politische Knebelung der Presse- und Meinungsfreiheit in Mussolinien gefunden haben. Besonders reizvoll nimmt sich der Protest in der "Münchener Zeitung" aus, deren Hauptschriftleiter Adolf Schiedt in der Putschnacht vom 8.auf den 9.November 1923 als Pressechef des Herrn von Kahr den Münchener Zeitungen unter Todesstrafe verboten hatte, irgendwelche Nachrichten über die Vorgänge im Bürgerbräukeller zu bringen. Höchst verdächtig ist auch das ausserordentliche Interesse und die Eigenmächtigkeit, mit der die beiden Vorsitzenden der Landesgemeinschaft der bayerischen Presse ein Protesttelegramm an die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse gerichtet haben, worin sie von einem Diktat, von einem unerhörten Missbrauch und von tyrannischen Massnahmen sprechen. Die Verfasser des Telegramms sind ein Schriftleiter und der Verlagsdirektor der oben gekennzeichneten Münchener Zeitung. Das Plenum der Landesarbeitsgemeinschaft hatte von der Absendung des Telegramms keine Kenntnis.

Aufgeregt vor allem uber die "Gefährdung der Pressefreiheit" ist natürlich Hitlers "Völkischer Beobachter", der für den Fall eines Misserfolges des Volksentscheids sogar Klage gegen die verantwortlichen preussischen Minister vor dem höchsten deutschen Gericht in Aussicht stellt.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt, dass die preussische Staatsregierung alle Vorsorge getroffen hat, damit die zweite Gehaltsrate für August bereits am Sonnabend den 8.August an die Beamten ausgezahlt werden kann.

SPD. München, 7.August (Eig.Drahtb.)

Hitler veröffentlicht in seinem Blatt einen überaus schwülstigen von demagogischer Verlogenheit strotzenden Aufruf an seine Anhänger in Preussen. Es wäre Zeitvergeudung, auf das gehässige Machwerk einzugehen. Soviel ist aber aus jeder Zeile des Aufrufes herauszulesen, dass Hitler alle seine hochverräterischen Hoffnungen ausschliesslich in das Ergebnis des Volksentscheids setzt. Was bei einem Gelingen des Volksentscheides werden wird, macht ihm weniger Kopfzerbrechen. Keine Bange - sagt er - mit dem Kommunismus werden wir dann schon fertig!

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt hat berechnet, dass es zur Zeit in Preussen 26 889 000 wahlberechtigte Personen gibt. Danach sind zu einem Erfolg des Volksentscheids mehr als 13 449 500 Ja-Stimmen erforderlich.

SPD. Paris, 7.August (Eig.Drahtb.)

Der "Paris Soir" meldet, dass, wenn der preussische Volksentscheid fehlschlägt, die Reise Lavals und Briands nach Berlin sehr bald stattfinden werde. Laval habe, um die deutsch-französische Annäherung zu beschleunigen und die durch eine Ablehnung der Landtagsauflösung entstehende Entspannung auszunutzen, den Wunsch, von neuem den Willen Frankreichs zu bestätigen, mit allen Ländern an der wirtschaftlichen Sanierung der Welt zusammenzuarbeiten. Das Blatt fügt seiner Meldung hinzu, dass Unterstaatssekretär Francois Poncet die beiden Minister wahrscheinlich nach Berlin begleiten werde. Die Ernennung Francois Poncets zum Botschafter in Berlin werde erst nach der Reise offiziell bekanntgegeben werden.

SPD. Dresden, 7.August (Eig.Drahtb.)

Dem in Dresden erscheinenden Sächsischen Nazi-Blatt geht es z.Zt. ebenso wie den Nazi-Blättern im übrigen Deutschland. Auch in dem Verlag des Dresdner Nazi-Blattes geht der Gerichtsvollzieher ein und aus, ist Korruption an der Tagesordnung.

In dem Verlage des Hitler-Organs sind geschäftliche Manipulationen vorgekommen, die unter den Betrugsparagraphen fallen und mit denen sich die Staatsanwaltschaft beschäftigen muss. Man hat die Inhaber des Verlages, von denen zwei Parteimitglieder sind, in einer allen Gesetzen von Treu und Glauben hohnsprechenden Art und Weise um ihr Hab und Gut gebracht und sie dann sozusagen auf die Strasse gesetzt. Man ist in einer Weise vorgegangen, für die wohl nur der Diebstahls-Paragraph in Frage kommen dürfte. Es handelt sich bei den Korruptionserscheinungen in dem Verlage des Hitler-Organs um Vorfälle, die sich in fortgesetzter Folge schon seit Beginn dieses Jahres ereignet haben.

Der ganze Sumpf dürfte demnächst vor Gericht voll in Erscheinung treten.

SPD. Kiel, 7.August (Eig.Drahtb)

Das Kieler Schöffengericht verurteilte 13 Kommunisten, die Ende Juli in der Nähe von Rendsburg einen Haufen Nationalsozialisten überfallen hatten, zu Gefängnisstrafen von 3 - 9 Monaten. Insgesamt wurden 64 Monate Gefängnis verhängt.

Stellt man das Urteil in Vergleich zu den Urteilen, die wegen der national sozialistischen Unruhen auf Fehmarn verhängt wurden, so zeigt sich, dass die wegen der Vorgänge auf Fehmarn angeklagten Nationalsozialisten ausserordentlich gut davongekommen sind.

SPD. Rom, 7.August (Eig.Drahtb.)

Der Reichskanzler empfing am Freitag-Mittag nach seiner ersten, zweistündigen Begegnung mit Mussolini und dem italienischen Aussenminister Grandi, die Vertreter der deutschen Presse in Rom.

Das Ziel der Romreise - so führte der Reichskanzler aus - sei bekannt. Das Vorbild von Chequers zur offenen Aussprache werde auch in Rom befolgt. Es sei notwendig, durch derartige Aussprachen mit den leitenden Staatsmännern über all die grossen Schwierigkeiten und Gefahren, die im Zusammenhang

mit der schweren Wirtschaftskrise entstanden seien, hinwegzukommen. Er hoffe, dass sich das allgemeine Verständnis für eine solche Zusammenarbeit der Völker durchsetze, damit Europa durch Solidarität und durch Schaffung der nötigen Vertrauensatmosphäre über den Berg hinwegkomme.

Reichsaussenminister Dr. Curtius fügte den Erklärungen des Reichskanzlers hinzu, dass die Aussprache zwischen den Ministern offen und herzlich gewesen sei. Weitere Besprechungen würden folgen.

SPD. Paris, 7.August (Eig.Drahtb.)

Die Schuhfabriken in Limoges haben am Freitag-Mittag ihre sämtlichen Arbeiter, etwa 6500 Mann, ausgesperrt.

Dem Konflikt liegt ein unbedeutender Zwischenfall in einer kleineren Fabrik zugrunde, die kaum 100 Arbeiter beschäftigt. Diese Firma, die wegen der Absatzkrise nur jede zweite Woche arbeitet, hatte einen Arbeiter fristlos entlassen. Acht Arbeiter erklärten sich daraufhin mit ihrem Kollegen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Da keine Einigung zwischen der Leitung der Fabrik und den acht Arbeitern zustandekam, trat schliesslich die gesamte Belegschaft in den Streik. Das hat die Generaldirektion der Schuhfabrik veranlasst, am Freitag die Belegschaft aller Werke auf die Strasse zu setzen.

SPD. Amtlich wird zu dem Auflage-Aufruf der preussischen Staatsregierung mitgeteilt :

"Die Presse-Notverordnung der Reichsregierung ist ausdrücklich zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassen worden. Die "politischen Ausschreitungen" aber in der radikalen, gegen die Preussische Regierung Sturm laufenden Presse haben eine starke Unruhe und Aufregung unter der Bevölkerung erzeugt. Dadurch wurde es zur Pflicht der Preussischen Staatsregierung, ihre Stimme zu erheben und vor der Beteiligung an einem Unternehmen zu warnen, dessen Gefahren für das gesamte deutsche Volk von Tag zu Tag deutlicher sichtbar wurden. Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn die Staatsregierung, an die ununterbrochen von den Freunden der Ordnung und Ruhe im Lande die dringende Aufforderung herankam, sich zu äussern, weiter geschwiegen hätte.

Die Preussische Staatsregierung hat von der Notverordnung auch deshalb Gebrauch gemacht, weil sie erfahren hat, dass ein gewisser Teil der Presse nicht gewillt ist, freiwillig und loyal eine Stellungnahme der Landesregierung wörtlich zu veröffentlichen. Nach Auffassung der Preussischen Staatsregierung war damit ein begründeter Anlass gegeben, auf Grund der Notverordnung eine amtliche Kundgebung über den Volksentscheid - das für das In- und Ausland wichtigste politische Ereignis dieser Tage - und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, gegen die man sonst wehrlos gewesen wäre, zu erlassen. Seit langem wird der politische Kampf in ganz Deutschland auf das Unerhörteste durch die vielerorts geübte Taktik verschärft und vergiftet, nichts zu berichten, was für die Preussische Regierung und ihre Leistungen spricht, aber alles immer vergröbert und verzerrt zu bringen, was etwa gegen die Arbeit der Staatsregierung vorgebracht werden könnte. Die ungeheuerlichsten Vorwürfe und Anschuldigungen wurden ununterbrochen in der radikalen Presse gegen die Staatsregierung erhoben, um die Staatsautorität durch diese Minierarbeit zu untergraben. Die Preussische Staatsregierung aber ist der Ansicht, dass nur eine starke Regierung in dieser ernsten Zeit die Verhältnisse meistern kann. Sie hat es deshalb für notwendig gehalten, allen Wählern und Wählerinnen vor Augen zu führen, was es für unser Land und für die Existenz jedes Einzelnen für Folgen haben kann, wenn etwa eine Mehrheit des Volkes der Parole des Volksentscheids folgen würde. Deshalb musste die Staatsregierung entscheidenden Wert darauf legen, in der gesamten Presse des Landes gehört zu werden. Damit

wollte sie zur Beruhigung derer beitragen, die hinter ihr stehen, und die in der widerspruchslosen Aufnahme der zahllosen Beschimpfungen der Staatsregierung eine falsche und gefährliche Schwäche erblickten.

Die Preussische Staatsregierung hat ihre Auffassung über den Volksentscheid der Öffentlichkeit mitgeteilt. Sie hat dem nichts mehr hinzuzufügen. Mögen die preussischen Wähler und Wählerinnen klar erkennen, dass es beim Volksentscheid um mehr geht als um das Schicksal eines Landtags oder einer Regierung. Mögen sie sich vor Augen halten, dass unser aller Geschick, dass die wirtschaftliche Grundlage Deutschlands und seine politische Gestaltung an diesem Tage entscheidend beeinflusst werden!"

SPD. Warschau, 7.August (Eig.Drahtb.)

Der D-Zug Warschau-Wilna fuhr am Freitag 14 Kilometer vor Bialystock auf einen auf freier Strecke stehenden Personenzug auf. Vier Personen wurden getötet, 35 zum Teil schwer verletzt. In den Königsberger Wagen fand nach den bisherigen Feststellungen niemand den Tod.

Die Hauptschuldigen der Katastrophe, zwei Bahnbeamte, die den auf freier Strecke haltenden Zug den nächstliegenden Stationen nicht angezeigt hatten, wurden verhaftet. Der Personenzug musste infolge eines Schadens auf freier Strecke anhalten.

SPD. Die Reichsregierung teilt über die Änderung der Devisenordnung u.a. folgendes mit: "Die Devisenbewirtschaftungsstellen werden angewiesen, bis auf weiteres den Firmen, die eine entsprechende Handelskammerbescheinigung vorweisen können, allgemein die Genehmigung zum Erwerb von Devisen und zur Verfügung über Devisen zu erteilen, soweit die Devisen zur Finanzierung der Ein- und Ausfuhr und des Transithandels von Waren verwendet werden sollen. Die Reichsregierung erwartet aber von Verbraucherschaft, Handel und Banken, dass sie bei der Einfuhr insbesondere von Luxuswaren und Genussmitteln sich die durch die Wirtschaftslage gebotene Zurückhaltung auferlegen. Eine Kontrolle der Verwendung der für die Einfuhr in Anspruch genommenen Devisen wird nachträglich durch die Devisenbewirtschaftungsstellen stattfinden."

\+ + +

Die Vorschriften, die die Änderung der Devisenverordnung regeln, besagen u.a.folgendes: Die Handelskammer darf die Bescheinigung nur solchen Personen oder Personenvereinigungen erteilen, welche Gewähr dafür geben, dass sie Termingeschäfte oder ausländische Zahlungsmittel nur mit der Reichsbank oder mit den von der Reichsbank beauftragten Kreditinstituten im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigung abschliessen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden zum Zweck der Durchführung von Ausfuhr-, Einfuhr- und Transitgeschäften. Die Bescheinigung ist zu entziehen, wenn die Voraussetzungen, unter denen die Bescheinigung erteilt wurde, nicht oder nicht mehr vorliegen. Jede Firma, die eine solche Genehmigung erhalten hat, muss bis zum 6.jeden folgenden Monats an die zuständige Stelle für Devisenbewirtschaftung eine Aufstellung über alle Geschäfte einreichen, die sie im Rahmen dieser Bestimmungen vorgenommen hat.

Arbeiter und Angestellte in Preussen!

SPD. Die Kommunistische Partei verehrt in Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihre ersten Führer und Begründer. Auch über die Reihen dieser Partei hinaus gelten beide als Märtyrer der Arbeiterbewegung.

Jetzt hat die Kommunistische Partei sich verbündet mit den rechtsradikalen Parteien, aus deren Reihen die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts hervorgegangen sind. Die heutigen Führer der KPD schänden das Andenken ihrer beiden grossen Vorkämpfer und verkaufen die deutsche Arbeiterschaft an den Faschismus.

Die furchtbaren Entbehrungen, die Ihr seit Jahren zu tragen habt, sind der KPD nicht genug. Sie will Euer Elend, Eure Not noch vergrössern. Die seitherigen Notverordnungen wären ein Kinderspiel gegen die Willkürmassnahmen, die Euch drohen, wenn in Preussen, in Deutschland die Faschisten und die Schwerindustrie regieren würden.

Ihr erlebt es in den letzten Wochen, dass schon die Möglichkeit eines Sieges des Faschismus die deutsche Wirtschaft an den Abgrund reisst und den Zusammenbruch der deutschen Währung in gefährliche Nähe rückt.

Der Sieg des Faschismus würde der deutschen Wirtschaft den Todesstoss versetzen. Er würde den Rest Eurer ohnehin verkümmerten Rechte mit einem Schlage beseitigen. Die Diktatur der pensionierten Generäle und der Schwerindustrie würde nicht viel Federlesens mit Euch machen.

Nationalsozialisten und Stahlhelm sind nur Wegbereiter dieser Diktatur. Die Kommunistische Partei, die sich jetzt zum organisierten Arbeiterverrat bekennt, ist der Bundesgenosse dieser Heerscharen der sozialen Reaktion.

Ihr älteren Arbeiter und Angestellten, die Ihr nicht nur das Nachkriegsdeutschland kennt, sondern auch die Jahrzehnte vor dem Kriege, in denen die deutsche Arbeiter- und Angestelltenbewegung ihren Kampf gegen die reaktionären Gewalten führte, Ihr wisst es am besten, wie damals Eure Rechte mit Füssen getreten wurden. Euch brauchen wir nicht an Eure Pflicht zu erinnern. Ihr werdet den hasserfüllten Gegnern unserer Bewegung nicht das jämmerliche Schauspiel bieten, am 9.August in das Lager Eurer Feinde überzulaufen.

Aber das ist nicht genug. Ihr habt auch die Verpflichtung, es der arbeitenden Jugend zu sagen, um was es geht.

Die Jungen wissen nichts von der Vorkriegszeit, sie sehen nur die gegenwärtige Not. Sie können sich nicht vorstellen, dass eine Periode brutalster Entrechtung wiederkommen würde, wenn es den Kommunisten gelingt, den Faschismus in den Sattel zu setzen. So müsst Ihr Euren Kameraden im Betrieb das Gewissen schärfen, Ihr müsst Eure Verwandten und Freunde zurückhalten, den Faschisten zum Siege zu verhelfen. Ihr müsst allen sagen:

Wer am 9.August seine Stimme für den Volksentscheid abgibt, verrät die arbeitende Klasse. Wer der Einheitsparole von Hitler, Hugenberg und Thälmann folgt, begeht ein Verbrechen an seinen Kameraden; darum :

Nieder mit dem Faschismus!

Nieder mit allen seinen Helfershelfern !

Berlin, den 7.August 1931.

Die Bundesvorstände
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

SPD. London, 7.August (Eig.Drahtb.)

Der englische Ministerpräsident MacDonald und der amerikanische Staatssekretär Stimson weilten am Donnerstag und Freitag in Schottland. Im Verlauf der Unterredungen wurden die politischen und finanziellen Probleme Englands erörtert.

MacDonald wird in etwa 14 Tagen zur Erörterung von Sparmassnahmen durch den von der Regierung eingesetzten Ausschuss nach London zurückkehren.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der Herr Reichspräsident lässt auf die ihm zugegangenen zahlreichen telegrafischen Anfragen mitteilen, dass die Anordnung der Veröffentlichung der Kundgebung der preussischen Staatsregierung ihm Veranlassung gegeben hat, die Reichsregierung um Vorschläge zur Aenderung der Verordnung vom 17.Juli 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen zu ersuchen. Die Reichsregierung wird unverzüglich solche Vorschläge dem Herrn Reichspräsidenten unterbreiten."

\+ + +

Die Anordnung der preussischen Staatsregierung, dass die preussischen Zeitungen den amtlichen Aufruf gegen den Volksentscheid an erster Stelle zu veröffentlichen haben, hat einen Wutausbruch der vereinigten Reaktion hervorgerufen. Nationalsozialisten und Stahlhelmblätter, die Presse des Herrn Dingeldey und die Presse der kommunistischen Stahlhelm-Lakaien schreien einmütig, dass diese Anordnung eine Vergewaltigung der Pressefreiheit darstelle.

Dieses Geschrei ist von abgrundtiefer Unehrlichkeit. Jene Parteien und Organisationen, deren offen ausgesproches Ziel es ist, die Freiheit der Presse, wie die verfasungsmässigen Freiheiten des Volkes niederzutreten, gebärden sich plötzlich, als sei für sie die Pressefreiheit das heiligste der Güter. Man muss die Rechtsradikalen, die heute so laut schreien, daran erinnern, wie einst Herr Kapp, der ihrer aller Sympathie hatte, die Freiheit der Presse in der kurzen Periode seines abenteuerlichen Putsches behandelt hat! Und nun gar Herr Hitler! Die Pressefreiheit, wie er sie auffasst, bestand während des Hitlerputsches in München in verwüsteten Redaktionsräumen, zerstörten Maschinen und Gebäuden der sozialdemokratischen Presse, in erbrochenen Schreibtischen und gestohlenen Schreibmaschinen. Wären sie nicht alle für Herrn Mussolini, der die Freiheit der Presse in Italien vollständig aufgehoben hat?

Ebenso heuchlerisch sind die kommunistischen Proteste. In Sowjet-Russland, nach dessen Muster die KPD eine bolschewistische Diktatur in Deutschland errichten möchte, gibt es keinerlei Pressefreiheit. Wir wollten sehen, was dem Redakteur eines kommunistischen Organs in Sowjet-Russland geschehen würde, der es wagen würde, nicht den Anordnungen der Sowjetregierung über eine Publikation nachzukommen.

Nicht von dem, was unter Kapp und Hitler oder unter Stalin geschehen ist, hat sich in Preussen ereignet. Keiner Zeitung ist es untersagt worden, für den Volksentscheid zu agitieren. Keiner Zeitung ist es verboten, die Kundgebung der Preussenregierung gegen den Volksentscheid auf das schärfste zu kritisieren.

Geschehen ist nur eins: Die preussische Regierung hat den Terror des Schweigens, der Lüge und der Verleumdung, der seit Jahren gegen sie und die Republik geübt wird, durchbrochen. Sie hat der Stimme der Vernunft Raum verschafft, sie hat in öffentlicher, allgemein verbreiteter Kundgebung dem Volke die Wahrheit über den Volksentscheid gesagt.

Die schärfste politische Gegnerschaft gegen die preussische Regierung hätte keine anständige Zeitung gehindert, diesen Aufruf der preussischen Regierung zu publizieren, wenn er ihr mit der Bitte um Abdruck zugesandt worden wäre. Das aber charakterisiert die gegenwärtige Lage, dass diese einfachsten Begriffe des politischen Anstands und der journalistischen Loyalität bei

einer grossen Anzahl rechtsstehender Zeitungen in Deutschland nicht vorhanden ist, dass ein Teil der Rechtspresse auf das Niveau der reinen Hetzpresse herabgesunken ist.

Nach dem Willen dieser Leute hätten die Männer der Preussenregierung die Sturmflut der Verleumdung wie stumme Hunde ertragen müssen. Sie haben sich verrechnet. Die preussische Regierung hat von einem ihr auf Grund der Notverordnung zustehenden Rechte Gebrauch gemacht um sich zur Wehr zu setzen. Sie hat damit ein Recht geübt und eine Pflicht erfüllt. Sie hat nicht die Pressefreiheit abgeschafft, sondern sie hat gehandelt im Interesse der wahren Freiheit einer anständigen Presse.

\+ + +

Dem Ersuchen des Reichspräsidenten um Vorschläge zur Abänderung seiner eigenen Notverordnung wird die Reichsregierung nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Rom, also frühestens im Laufe des Montag, entsprechen. Für Sonnabend hat der Reichsminister des Innern Besprechungen über eventuelle Änderungen der Verordnung mit der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse, in der Verleger und Redakteure paritätisch vertreten sind, angesetzt. Wahrscheinlich wird die Notverordnung vor allem dahin abgeändert, dass die Presse Kundgebungen von Landesregierungen auf Grund der Presse-Notverordnung des Reichspräsidenten in Zukunft nur nach vorherigem Einvernehmen mit der Reichsregierung zu veröffentlichen braucht.

SPD. München, 7.August (Eig.Drahtb.)

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München hat gegen das Tendenzurteil im Weilheimer Landfriedensbruch-Prozess, durch das von 26 nationalsozialistischen Versammlungsstörern 24 freigesprochen wurden, Berufung eingelegt. Die Berufung erstreckt sich auf das Gesamturteil.

SPD. Danzig, 7.August (Eig.Drahtb)

Das sozialdemokratische Organ für den Freistaat Danzig, die "Danziger Volksstimme", ist von der zurzeit am Ruder befindlichen Nazi-Bürgerblockregierung auf die Dauer von 4 Tagen verboten worden. Das Verbot wird damit begründet, dass die Volksstimme die Regierung beschimpft, verleumdet und gesetzliche Anordnungen verächtlich gemacht haben soll.

In dem betreffenden Artikel waren zwar in scharfer, aber durchaus sachlicher Form die Pläne kritisiert worden, die das Nazi-Regime zur Deckung eines in kurzer Zeit entstandenen Defizits von 12 Millionen im Staatshaushalt aufgestellt hat. In Wirklichkeit entspricht die Unterdrückung der Volksstimme einer schon seit Monaten verfochtenen Forderung der Hakenkreuzler. Die bürgerlichen Mittelparteien haben sich zu dieser Konzession an die Nazis verstehen müssen, um dafür deren Zustimmung zu einem kapitalistischen Sanierungsplan zu erkaufen.

SPD. Die roten Bundesgenossen des Stahlhelms und der Nazis beim Volksentscheid haben sich am Freitag-Abend in der Berliner Friedrichstrasse wieder einmal in praktischem Bolschewismus betätigt, indem sie etwa 10 Schaufensterscheiben zertrümmerten.

Ungefähr 600 Burschen, im Alter zwischen 16 und 25 Jahren, versuchten Nachmittags und gegen Abend in der Friedrichstrasse zu "demonstrieren". Als die Polizei erschien rückten die Burschen aus, indem sie zugleich Wurfgeschosse gegen die Schaufenster mehrerer Schokoladen- und Schuhwarenläden schlauderten. Alle Versuche zu neuen Ansammlungen wurden von der Polizei systematisch unterdrückt. Zwei der Haupträdelsführer konnten verhaftet werden.

SPD. Madrid, 7.August (Eig.Drahtb.)

Die spanische Regierung hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zur Schaffung öffentlicher Arbeiten vorgelegt. Danach soll in den nächsten zwei Jahren ein Betrag von rund 80 Millionen Mark zur Ausführung von Strassen und Kanalbauten aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Ausser dem ist die Regierung nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten bestrebt, die Vertrauenskrise des Landes durch die schleunige Verabschiedung einer umfassenden Agrarreform zu beheben.

Die Abstimmung über ein selbständiges Katalonien hat 692 961 Stimmen dafür und 3 276 Stimmen dagegen ergeben.

SPD. Paris, 7.August (Eig.Drahtb.)

Die französischen Banken haben am Freitag einmütig beschlossen, einer Verlängerung der französischen Kredite in Deutschland um drei Monate ihre Zustimmung zu geben. Die Verständigung mit den deutschen Bankvertretern kam auf der Basis zustande, dass den französischen Banken für Akzept-Kredite ½ Prozent vierteljährlich vergütet werden, während für Debet-Salden 8 Prozent jährlich zu zahlen sind.

SPD. Die Reichsregierung hat sich zu weiteren Lockerungen der Ausreisesperre veranlasst gesehen. Danach brauchen Teilnehmer an reichsdeutschen Kongressen in Danzig künftig die 100 Mark-Gebühr nicht mehr zu zahlen. Ausserdem können sich in Zukunft Reisende, die nach Ostpreussen fahren, ohne Gebührenzahlung in Danzig aufhalten. Eine Erschwerung der bisherigen Bestimmungen ist insofern erfolgt, als in Zukunft nur noch Mitglieder von Touristenvereinen, die die Mitgliedschaft in diesen Vereinen für ein Jahr erwerben, ohne Zahlung der 100 Mark-Gebühr ins Ausland reisen dürfen.

In der Praxis führt die Erschwerung der bisherigen Bestimmungen dazu, dass die Reichsregierung für die Touristenvereine den Werber spielt und ihr Mitglieder zutreibt. Schliesslich zahlt jeder Reisende lieber den verhältnismässig geringen Jahresbeitrag, als die 100 Mark Ausreisegebühr. Er spart dadurch immer noch ein Vielfaches des Mitgliedsbeitrages.

Anm.f.d.Red.: Die Ergebnisse des Volksentscheids können bei uns am Sonntag-Abend telephonisch erfragt werden. Eine Uebermittlung durch Rundfunk erfolgt nicht.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Tausend Worte Schienenstrang.

Die Geheimsprache der Eisenbahn - Ein Schlüssel zu ihrer Entzifferung.

SPD. In ihrem kürzlich erschienen Tagebuch erzählt die Filmschauspielerin Lilian Gish freimütig von einer kleinen "Schrulle", der sie seit den ersten Tagen ihrer Laufbahn eine tiefe Berechtigung zuschreibt. Niemals, so heisst es dan, trete sie eine Reise an, ohne noch kurz vor Abgang des Zuges an die Lokomotive zu eilen und festzustellen, ob deren Nummer irgendwie mit ihren persönlichen Glückszahlen in Verbindung zu bringen sei. Ist dies nicht der Fall, so wählt sie lieber einen anderen Zug und versäumt Zeit und Ziel, anstatt sich einer "glücksfeindlichen" Lokomotive anzuvertrauen.

Aberglaube? Gewiss - aber Lokomotivnummern haben ja tatsächlich eine bestimmte Bedeutung, und dem Sachkundigen fällt es nicht schwer, aus diesen Nummern Schlüsse zu ziehen auf die Leistungsfähigkeit des Fahrzeugs. Lasst uns einmal zwischen den Zahlen lesen!

In der Gattungsbezeichnung, die am Führerhaus der Lokomotive angebracht ist, gibt der Buchstabe die Hauptgattung an, die erste Ziffer verrät die Zahl der gekuppelten Achsen, die zweite Ziffer die Zahl sämtlicher Achsen und die dritte und vierte Ziffer (nach dem Punkt) den durchschnittlichen Achsdruck in Tonnen. Eine 15 würde also bedeuten, dass der Achsdruck 14,71 bis 15,75 Tonnen beträgt. S heisst Schnellzugslokomotive, P Personenzug- und G Güterzuglokomotive, und zwar sämtlich mit Schlepptender. Ist aber diesen Buchstaben noch ein kleines T angeschlossen, so geht daraus hervor, dass es sich nicht mehr um eine Lokomotive mit Schlepptender, sondern einfach um eine Tenderlokomotive handelt - beispielsweise Pt: Personenzugtenderlokomotive. Z ist eine Zahnradlokomotive, L eine Lokalbahn - und K eine Schmalspurlokomotive.

Anders liegen die Dinge, wenn man ein E vor der Bezeichnung entdeckt. Dann handelt es sich um elektrische Lokomotiven, und man kann nunmehr aus den Ziffern auf deren Höchstgeschwindigkeit folgern. Die Stammnummern 00 bis 29 bedeuten eine Höchstgeschwindigkeit von über 90 km/Stunde - Lokomotiven mit 70 bis 90 km/Stunde tragen die Stammnummern 30 bis 59, und schliesslich wird mit Nummern von 60 aufwärts eine Stundengeschwindigkeit bis zu 70 km kenntlich gemacht.

Aber die Geheimsprache der Eisenbahn erstreckt sich nicht nur auf Lokomotiven, sondern auch auf den übrigen Fahrzeugpark. Hier dient sie gleichzeitig als Telegraphen-Code. Die Reichsbahn, die mit Funk- und Fernschreibeanlagen ein eigenes engmaschiges Nachrichtennetz geschaffen hat, gebraucht in diesem telegrafischen Verkehr die Gattungsbezeichnungen der Fahrzeuge als Abkürzungen. Mit A, B und C werden Personenwagen erster, zweiter und dritter Klasse bezeichnet - oder mit BC, AB oder ABC dann, wenn ein Wagen mehrere Klassen enthält. PW ist ein Gepäckwagen, Post ein Bahnpostwagen, mit Salon wird ein Salonwagen bezeichnet und mit W.R. oder W.L. Speise- oder Schlafwagen - während Z kurz und bündig und unauffällig "Gefangenenwagen" bedeutet. Entdecken wir hinter der Wagenbezeichnung noch ein kleines kr, so haben wir einen Spezialwagen für Krankenbeförderung vor uns, und ein ebenso angehängtes tr tut die Bestimmung des Wagens für "Reisende mit Traglasten" kund.

Bis hierher macht das ABC der Eisenbahn einen recht harmlosen Eindruck. Wie aber, wenn wir plötzlich "Kreuzworträtsel" finden in der Art von "WLC 6 ü"

oder "AB 4 i " oder "C 3 i tr"? Nun, auch diese Zeichen sehen verworrener aus, als sie in Wirklichkeit sind. Die eingefügte Zahl bedeutet nichts weiter als die Zahl der Achsen, auf denen der Wagen läuft - i heisst Durchgangswagen mit Plattform an beiden Schmalseiten - und ü ist ein Wagen mit jener "Uebergangsbrücke" zum nächsten Wagen, wie wir sie aus D-Zügen kennen. Und da oben bereits gesagt wurde, was WL und C bedeuten, können wir WLC 6 ü glattweg wie ein alter Eisenbahner übersetzen. Es ist ein Schlafwagen dritter Klasse, der auf sechs Achsen läuft und mit Durchgang und Uebergangsbrücken versehen ist. AB 4 i ist ein Durchgangswagen mit Plattform, der Abteile erster und zweiter Klasse enthält und auf vier Achsen läuft und C 3 i tr ebenfalls ein Durchgangswagen, aber nur mit dritter Klasse, auf drei Achsen und für Reisende mit Traglasten.

Wirklich verzwickt und für den Laien kaum noch zu beherrschen werden diese Bezeichnungen erst dann, wenn sie Güterwagen betreffen. Hier sind aus zehn Haupt- und sechzehn Nebengattungen siebenundsiebzig verschiedene Zeichen zusammengestellt worden - es gibt also siebenundsiebzig Wagenarten, deren vollkommene Beherrschung für den Beamten unerlässlich ist.

Hier lassen sich nur einzelne Beispiele herausgreifen. Man zählt beispielsweise drei Gattungen gedeckter Wagen - durch G, K und V bezeichnet. G ist ein gedeckter 15-Tonnen-Wagen auf zwei oder drei Achsen, tritt aber zum Buchstaben G noch VW, so hat er Türen an den Stirnwänden und besondere Lüftung für Viehbeförderung - folgt dagegen ein kleines r, so ist er mit auswechselbaren Radsätzen zum Uebergang auf russische Breitspur versehen; GFh bedeutet, dass er zweiachsig und speziell für den deutsch-englischen Fährbootverkehr bestimmt ist, bei Gk tritt zu seinen übrigen Eigenschaften noch eine Kühleinrichtung hinzu, und so gibt es allein von dieser G-Gattung zwölf verschiedene Abarten.

Die Frage: was denn nun eigentlich der Zweck dieses ganzen Systems sei, ist auf das Einfachste zu beantworten. Indem diese Zeichen die Eigenschaften, Einrichtungen und Verwendungsmöglichkeiten eines jeden Wagens auf den ersten Blick erkennen lassen, erleichtern sie die Arbeit der Eisenbahner, die mit diesen Wagen schnellstens umzugehen haben. Der Güterbahnhof in X schreibt nicht: "Wir brauchen Gedeckten Wagen mit mindestens 24 Quadratmetern Ladefläche, zwei- und dreiachsig, mit einem Ladegewicht von 15 Tonnen und Türen an den Stirnwänden" - sondern er schreibt einfach: "Wir brauchen "Glt".

So bedeuten die Gattungsbezeichnungen eine erhebliche Vereinfachung im Eisenbahndienst. Ohne Zeitverlust gelangt das richtige Fahrzeug an den richtigen Platz. Wie hier eine planvolle Durchführung weit über die Landesgrenzen hinaus bedeutungsvoll sein kann, beweist, dass veranlasst durch günstige Erfahrungen, der Internationale Eisenbahnverband die deutschen Kennzeichen als bindend für alle Länder erklärte. Von dieser Sprache lässt sich sagen, was überhaupt das höchste Lob der Sprachen ist: sie lebt!

✦ ✦ ✦

Ermordete Drogistin. In Düsseldorf wurde die Besitzerin einer Drogerie in ihren Geschäftsräumen ermordet aufgefunden. Täter ist möglicherweise der frühere Besitzer der Drogerie namens Hansath. Der Verdächtige ist flüchtig.

✦ ✦ ✦

Zeppelin nach Südamerika. Das Luftschiff "Graf Zeppelin" wird voraussichtlich am 26. August von Friedrichshafen aus nach Pernambuco fahren; die bei dieser Reise beförderte Post (Porto: 2 Mark für eine Postkarte, 4 Mark für einen Brief) wird von dort aus mit einem Sonderflugzeug nach Rio de Janeiro weiterbefördert werden. Die Fahrtroute des Luftschiffs steht noch nicht genau fest. Entsprechend der Wetterlage wird sie über die Kanarischen oder über die Kapverdischen Inseln führen.

✦ ✦ ✦

Prozess gegen Schupomörder. Am Freitag morgen begann vor dem Schwurgericht Magdeburg die Verhandlung gegen den früheren Schupobeamten, späteren Schlosser und Arbeitslosen Roeper, der die 26jährige Tochter seiner Wirtin ermordete, um sie zu berauben. Der Angeklagte, der aus einer angesehenen Familie stammt, hatte sich durch das Verbrechen die zur Verfielfältigung eines von ihm geschriebenen Romanmanuskripts notwendigen Geldmittel verschaffen wollen. Vor Gericht versuchte Roeper bisher das Opfer seiner Tat als "leichtfertig" und "schlecht" hinzustellen.

+ + +

Liebestragödie im Kabarett. In einem kleinen Warschauer Kabarett erschoss ein junger Mann eine in dem Lokal auftretende Tänzerin, weil sie die Anträge des stürmischen Liebhabers abgelehnt hatte. Der Täter wurde verhaftet.

+ + +

Bildtelegramme nach Rom. Am Freitag wurde auf der Linie Berlin-Rom der Bildtelegrafendienst eröffnet. Der Quadratzentimeter Bild kostet 17 Pfennige. Die Mindestgebühr beträgt pro Bildsendung 17 Mark.

+ + +

Not in Hankau. Infolge der Hochwasserkatastrophe am Jangte-Fluss weilen gegenwärtig etwa 160 000 Flüchtlinge in Hankau. Da es unmöglich ist, sie zu ernähren, sterben täglich zahlreiche Menschen infolge Hunger. Es dürfte noch Monate dauern, bis die Wasserfluten zurückgegangen sind. Auch in Hankau selbst steht in den niedriger gelegenen Stadtteilen das Wasser bis 5 Meter hoch. Tausende von Tierkadavern sind von den Fluten angeschwemmt worden; Epidemien dürften unvermeidlich sein.

+ + +

Akron-Start. Dieser Tage wird in Akron (USA) das modernste Zeppelinluftschiff der Welt, das amerikanische Marineluftschiff "Akron", getauft und von der amerikanischen Marine in Dienst genommen werden. Im Gegensatz zu dem deutschen Luftschiff "Graf Zeppelin" hat das amerikanische Luftschiff eine mehr birnenähnliche Gestalt. Die Motoren- und Passagierräume des Luftschiffs, das 184 000 Kubikmeter Inhalt hat, befinden sich im Innern des Schiffskörpers. Das Luftschiff hat 12 Gaszellen, deren Ventile innerhalb einer Minute 1840 Kubikmeter Heliumgas ablassen können. Der Aktionsradius des Luftschiffes beträgt 17 000 Kilometer, d. h. es kann über eine Woche in der Luft bleiben. Im vorderen Drittel des Luftschiffes befindet sich ein grosser "Stauraum", in dem etwa 6 Flugzeuge Platz finden können. Die Herstellung des Luftschiffes kostete etwa 22 Millionen Mark.

+ + +

Der Devaheim-Skandal. Der Leiter des Sonderdezernats der Berliner Staatsanwaltschaft zur Bearbeitung des Devaheim-Skandals hat bei der Durchsicht der bei der Kreissparkasse Mülheim/Ruhr geführten Bücher der Devaheim-Baugenossenschaft festgestellt, dass auch in Mülheim/Ruhr zahlreiche, zum Teil verschleierte Konten vorhanden sind. Es besteht der dringende Verdacht, dass die Konten zur Verbuchung von beträchtlichen, zu Privatzwecken verausgabten Beträgen einzelner Leiter der Devaheim-Gesellschaft dienten. Unter den Konten befinden sich nicht weniger als zehn, die ausschliesslich von der Familie des verhafteten deutschnationalen Direktors Jeppel geführt wurden.

+ + +

Riesenfeuer in O/S. In Tonbkowice bei Bendzin (polnisch Oberschlesien) brennten 30 Anwesen bis auf die Grundmauern nieder. 200 Personen wurden obdachlos. Der materielle Schaden beläuft sich auf 1 Million Zloty. Das Feuer entstand durch Funkenflug.

Gewerkschaftliche Rundschau

Fern in Süd - - -

Zu den Unruhen in Spanien.

SPD. Schwere Streiks und blutige Zusammenstösse zwischen Streikenden und der Polizei waren in den letzten Tagen in verschiedenen Teilen Spaniens an der Tagesordnung. Die Hauptsturmgebiete sind Andalusien und Katalonien. In Sevilla ist das Kriegsgesetz proklamiert worden. In Barcelona droht jeden Augenblick der Generalstreik auszubrechen. Schwere Opfer an Gut und Blut haben die Stürme der letzten Tage gekostet, und zeitweilig musste man angesichts der sich häufenden Hiobsbotschaften den Eindruck bekommen, als ob nach der Revolution eine neue Revolution ausgebrochen sei. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch zweifellos nur um einen grossen Gärungs- und Umbildungsprozess, der nach dem Sturz der Diktatur mit aller Macht zu einer politischen und sozialen Neuordnung der Dinge in Spanien vorwärtsdrängt.

Unendlich viel soll und muss die neue, die republikanische Regierung besser machen; denn die breiten Massen hatten unter dem alten Regime schwer zu leiden. Das Proletariat konnte sich aber früher politisch und gewerkschaftlich infolge der Rückständigkeit der Massen nicht entwickeln. Jetzt machtdieser Rückstand einen Mann wie Caballero, dem Führer der dem IGB angeschlossenen Gewerkschaften, die Arbeit für den sozialen Aufstieg ungeheuer schwer. Das Analphabetentum ist nur ein Vorteil für die Reaktionäre und für die radikalen Schwarmgeister unter den Syndikalisten. Dazu kommt, dass Not und politische Unreife in den breiten Massen begreiflicherweise Illusionen über eine plötzliche Wendung der Dinge entstehen liess. Die ausgeplünderten verarmten Massen glaubten, dass nach der Revolution im Handumdrehen die Not beseitigt werden könne. Je grösser der Druck, desto stärker die Sehnsucht nach Besserung der Verhältnisse, desto stärker die Erwartungen und Hoffnungen.

Den Sozialisten in der spanischen Regierung geht es genau so, wie es der deutschen Sozialdemokratie und den deutschen Gewerkschaften nach dem Umsturz erging. Jede Mahnung, dass man nicht auf einmal mit beiden Füssen und in einem Sprung ins Paradies springen könne, wurde bei uns dem ehrlichen Arbeiter für die Sache des Volkes als Verrat, als Flaumacherei und Schlappheit angekreidet, und so ist es heute noch, und so ist es heute auch in Spanien, und auch sonst liegen dort die Verhältnisse ähnlich wie bei uns nach dem Ende des Krieges.

Die Rolle der Kommunisten wollen allem Anschein nach in Spanien die Syndikalisten spielen, womit nicht gesagt sein soll, dass der spanische Syndikalismus und der Bolschewismus ein und dasselbe seien. Die Syndikalisten sind antiparlamentarisch eingestellt. Sie erwarten alles von der direkten Aktion, und die Folge davon ist, dass sie durch ihr Drauflosstreiken der parlamentarischen Reformarbeit Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bereiten. Aber das kümmert sie nicht viel; denn sie erwarten ja vom Parlament nichts. Die Syndikalisten sind auch stark lokal eingestellt und die spanischen Föderalisten, die vor allem in Katalonien obenauf sind, versuchen mit Hilfe der Syndikalisten die Zentralgewalt in Madrid zu schwächen. Eine Stärkung der Madrider Regierung wäre aber gerade jetzt nötig, wenn sie ihren umfangreichen und schwierigen Reformarbeiten nachkommen und gerecht werden soll. Auch die neue spanische Regierung kann, und wenn sie über noch so tüchtige Kräfte verfügt, auch nur einen Schritt nach dem

andern tun. Der wilde Vorstoss des Syndikalismus lässt sie aber nicht zum Arbeiten kommen. Die blutigen Kämpfe und die mit ihnen verbundenen Härten für die Bevölkerung schaffen Misstimmung und Unmut und schwächen die moralische Autorität der Madrider Regierung. Ganz wie bei uns in den Sturmjahren nach dem Zusammenbruch treibt der hemmungslose Radikalismus eines Teils der Arbeiterschaft in Spanien den Gegenrevolutionären Wasser auf die Mühlen. Es ist bezeichnend, dass sich jetzt bereits schon wieder die Monarchisten stärker hervorwagen. So wurden der ehemalige Sekretär der monarchistischen Union Fuentes Pila und der Graf von Arcentales bei den Unruhen im Süden verhaftet, weil sie die Demonstranten gegen die Regierung aufhetzten.

Für den weiteren Verlauf der politischen und sozialen Neuordnung in Spanien hängt viel davon ab, wie sich der Syndikalismus künftig dem Parlamentarismus gegenüber einstellt. Der Major Franco, der als Abgeordneter der katalanischen Linken dem Parlament angehört, sympathisiert mit den Syndikalisten. Möglich, dass die wenigstens noch einigermassen realpolitisch eingestellten Elemente des Radikalismus den Anschluss an eine sachliche und aufbauende Arbeit im Parlament finden. Die Parteibildung und =gruppierung im neuen Spanien ist ja noch nicht zu Ende. Nach einem Umsturz finden sich fast überall in allen Parteien Leute ein, die eigentlich in ein anderes Lager gehören. Zunächst muss sich erst der Kampf der Geister auch im Parlament austoben, und es ist wohl damit zu rechnen, dass der Arbeitergruppe von links her noch starke Kräfte zuströmen, die im Sturm und Drang allein auf die Dauer nicht ihre Befriedigung finden können, weil sie gestalten wollen.

SPD. An den schlechten Zeiten sind, wenn man die Unternehmer hört, einzig und allein die "hohen" Löhne und die sozialen Lasten schuld. In allen Geschäftsberichten ist das bereits eine stehende Redensart. So heisst es auch z. B. in dem Geschäftsbericht der Stettiner Chamottefabrik A.F. vorm. Didier Berlin für das Jahr 1930: " Durch organisatorische Massnahmen wurden zwar weitere Ersparnisse erzielt, sie wurden aber zum grössten Teil durch Lohnerhöhung und durch die Steigerung der steuerlichen und sozialen Lasten wieder aufgehoben."

Wir möchten die Verwaltung des Didierkonzerns einmal öffentlich fragen, in welchem ihrer Werke im Jahre 1930 eine Lohnerhöhung eingetreten ist. U.W. ist in den Werken im vergangenen Jahr keine einzige Stundenlohnerhöhung eingetreten, und was die Akkordsätze betrifft, so ist uns in verschiedenen Fällen berichtet worden, dass nicht eine Erhöhung, sondern eine Senkung erfolgt ist. Stellt die Verwaltung des Didier=Konzerns den Geschäftsbericht etwa nach bereits vorgedruckten Formularen her? Nur so könnte man sich zur Not ihre unrichtige Behauptung erklären. Jedenfalls bleibt eine derartige Berichterstattung eine ziemlich grobe Täuschung der Oeffentlichkeit.

Und nun die sozialen Lasten? Wir können uns denken, dass wohl für den einzelnen Kopf der Belegschaft die sozialen Lasten gestiegen sind, der Gesamtbetrag kann jedoch bei Einschränkung der Betriebe, Verminderung der Belegschaftsstärke nicht nur infolge der Wirtschaftslage, sondern vor allem infolge neuer technischer Einrichtungen (Rationalisierung) gefallen sein. In dem Geschäftsbericht heisst es: " Im Verein mit der Scheidhauer Giesing A.G. und der Stellawerk A.G. vorm. Wilisch & Co. sind weitgehende Rationalisierungsmassnahmen durchgeführt, die ihren äusseren Ausdruck in dem Abschluss von Interessengemeinschaftsverträgen gefunden haben.

Der Didierkonzern spielt heute in der feuerfesten Industrie eine gewaltige Rolle. Das verdankt er nicht zuletzt seinen tüchtigen Arbeitern. Von Arbeiterfreundlichkeit zeugt es aber nicht, wenn man stets und ständig erklärt, die hohen Löhne seien schuld, dass das geschäftliche Ergebnis nicht befriedige.

SPD. Der Kassenbericht des Deutschen Werkmeister=Verbandes für das 1. Halbjahr 1931 balanciert mit rund 4,5 Millionen RM. Besonders zu beobachten sind die hohen Beträge für Unterstützungen. Sie betragen im ganzen 2,5 Millionen, davon allein für Stellenlose 1,7 Millionen für Invaliden=Unterstützung wurde etwa eine halbe Millionen gezahlt. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird der Gesamtbetrag für Unterstützungen vom Vorjahr, der bereits die hohe Ziffer von 3,7 Millionen erreichte, weit übertroffen.

SPD. Arbeitslosigkeit ist für jeden Arbeiter, den sie heimsucht, ein Uebel. Für den jugendlichen, in der Entwicklung begriffenen Menschen, für den Lehrling, ist sie ein wahres Unglück. Aus dem Lehrling wird durch die Arbeitslosigkeit in vielen Fällen eine haltlose Existenz. Einmal aus der Bahn herausgeschleudert, findet er oft nur schwer einen neuen Lehrmeister und dadurch kaum wieder Kontakt mit der bisherigen Ausbildung.

In der Berliner Metallindustrie kommen in diesen Tagen wieder fast 150 Lehrlinge vor Beendigung ihrer Lehrzeit zur Entlassung. Kann für diese jungen Maschinenschlosser, Werkzeugmacher, Dreher, Elektroinstallateure, Klempner usw. nicht doch in diesem oder jenen Metallbetrieb noch ein Arbeitsplatz geschaffen werden, der wenigstens die Fortsetzung und Beendigung der Berufsausbildung ermöglicht?

Wo irgendwo ein Lehrmeister oder eine Firma hier helfend eingreifen will, genügt eine kurze Mitteilung an die Berufsberatungsstelle der Arbeitsämter.

SPD. Ueber die Frage des Nachtbackverbots wird auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress ein deutliches Wort gesagt werden. Das ist schon deshalb notwendig, weil die Gewerkschaften in dieser Frage nun auch die Konsumgenossenschaften zu ihren Gegnern zu zählen haben. Die Genossenschaften behaupten, das Nachtbackverbot verteuere die Brotherstellung, und mit dieser Behauptung begründen sie ihre Forderung nach der Aufhebung des Verbots.

Die Brotpreisverbilligung ist, wie die "Gewerkschaftszeitung", die Wochenzeitschrift des ADGB, in ihrer neuesten Nummer im Anschluss an die Berechnungen des Verbandes der Nahrungsmittel = und Getränkearbeiter feststellt, viel zu gering, als dass sie als Gegenwert für den Preis genügen könne, der auf dem Spiele steht. Die Gefahr, dass ein Teilerfolg der Gegner unserer sozialen Gesetzgebung weitere Verluste nach sich ziehe, bestehe immer, aber sie sei in keinem Falle so gross, wie bei einem Angriff auf das Nachtbackverbot. Bei seiner "Auflockerung" werde es nicht bleiben; denn die Zulassung der Nachtarbeit in den Brotfabriken wäre für die Bäckermeister das Signal zu einem Kampf um die völlige Beseitigung des Nachtbackverbotes.

"Wir sind", so betont die "Gewerkschaftszeitung", "überzeugt, dass die Arbeiterschaft es den Konsumgenossenschaften nicht vergessen würde, wenn sie durch eine "Auflockerung" des Nachtbackverbots den Anstoss dazu geben, dass der nach dem Krieg endlich errungere Erfolg in diesem Ringen der Arbeiterbewegung, der sich im Nachtbackverbot manifestiert, ausgelöscht wird. Auch die Arbeiterschaft wird die Ermässigung des Brotpreises um einen geringen, noch nicht einmal feststehenden Betrag nicht als angemessenen Gegenwert für diesen Rückschritt akzeptieren - zumal andere Möglichkeiten zur Verbilligung des Brotes gegeben sind."

Heilige Bürokratie.

Soll sie die Wirtschaft weiter hemmen und die Arbeitslosenzahlen weiter steigern?

SPD. Die vor einigen Tagen begonnene Auflockerung des Zahlungsverkehrs hat den Sinn, die Wirtschaft vor weiteren Erschütterungen zu bewahren und vor allem die Gehalts= und Lohnzahlungen sicher zu stellen. Durch eine kaum glaubliche Bürokratie wird dieser Sinn ins Gegenteil verkehrt.

Man war sich von vornherein darüber einig, dass der Zahlungsverkehr nur dann wieder in Gang gesetzt werden konnte, wenn die Reichsbank grössere Kredite gewährte. Nach langem Zaudern und Zögern, nach langem Hin und Her hat sich der Reichsbankpräsident dazu bereit erklärt, Von der Erklärung und vom Versprechen bis zur Erfüllung dieses Versprechens scheint aber bei der Reichsbank ein weiter Weg zu sein. Aus der Wirtschaft gehen uns massenweise Klagen darüber zu, dass die Reichsbank gute Warenwechsel nicht annimmt. Die Dinge liegen doch so, dass nach Eintritt der Bankfeiertage die Zahlungen so gut wie ganz aufhörten. Mit der Auflockerung ist dieser Zustand bei weitem noch nicht überwunden. Zahlreiche Firmen, an deren Bonität nicht zu zweifeln ist, haben Verpflichtungen zu erfüllen. Sie wollen gern zahlen und haben entsprechend gute Forderungen. Die Reichsbank aber verhält sich gegenüber den aufgrund dieser guten Forderungen geschaffenen Wechsel ablehnend. Das so betroffene Unternehmen, das durchaus gesund ist, hat keine baren Mittel und kann nicht zahlen. Es wird früher oder später vor der Tatsache stehen, den Betrieb stillegen bezw. einschränken zu müssen. Kann die Reichsbank, so fragen wir, derartige Folgen verantworten? Einzig und allein aus dem Grunde, weil der Reichsbankpräsident an dem Wahn festhält, die in der gegenwärtigen Situation ziemlich gleichgültige Notendeckung auf dem bisherigen Stand zu halten.

Noch schlimmere Wirkungen gehen von der neuen Devisenordnung aus. Auch hier wird sich der künstlich geschaffene Devisenmangel, der sich ganz automatisch in Rohstoffmangel umsetzen muss, recht bald ungünstig auf den Stand der Beschäftigung auswirken. Bis jetzt hat die Reichsregierung die mysteriösen Listen, in denen solche Waren verzeichnet sind, für die die Reichsbank Devisen beschafft, und solche, für die sie keine oder nur teilweise beschafft, nicht veröffentlicht. Man scheint ein sehr böses Gewissen zu haben und man kann sich denken, dass der Protektionismus des Reichsernährungsministers sich in diesen Listen einfach fürchterlich ausgetobt haben muss. Die Reichsbank, die hier, wenn auch aus völlig anderen Gründen, mit dem Reichsernährungsminister an einem Strang gezogen hat, scheint auch die Devisenbewirtschaftung in einer Weise hand haben zu wollen, die wirklich nicht im Interesse unserer Wirtschaft liegt. So teilen uns z.B. Firmen mit, dass sie bereits Ankäufe im Ausland vollzogen haben und dass sie aber für diese Ankäufe die nötigen Devisen nicht erhalten. Es handelt sich dabei um recht angesehene und bedeutende Firmen. Eine solche Einstellung der in Frage kommenden Stellen muss zur Folge haben, dass die Ankäufe rückgängig gemacht werden müssen. Die deutschen Firmen werden nicht nur in ihrem Ruf geschädigt, sondern man kann sich schon vorstellen, dass sich das Ausland eine derartige Behandlung, die hinter den Kulissen einer Devisenbewirtschaftung einen direkt blödsinnigen Protektionismus durchführt, nicht gefallen

lässt. Der Weg, den der Reichsbankpräsident mit der Devisenverordnung be= schritten hat, muss notgedrungen in den Sumpf von Handelskriegen enden, wenn man nicht bald Vernunft annimmt.

Wir haben schon des öfteren betont, dass man bei der Auflockerung des Zah= lungsverkehrs die öffentliche Geldwirtschaft und die damit zusammenhängende öffentliche Wirtschaft völlig übergangen hat. Ja, man hat die Dinge so weit getrieben, dass die Länderregierungen für die 500 Millionen Mark, die die Reichsbank über die Akzeptbank den Sparkassen zur Verfügung stellte, wohl die Bürgschaft übernehmen dürfen; in den Ausschüssen der Akzeptbank sind die Län= der aber nicht vertreten. Die Sparkassennotverordnung legt den Sparkassen auch ganz allgemein die Verpflichtung auf, keine kurzfristigen Kredite an die Ge= meinden zu gewähren. Nach Lage der Dinge kommen aber für die Gemeinden nur die Sparkassen als Kreditgeber in Frage. Die Notbestimmung bedeutet also, dass die Gemeinden völlig vom Kredit und vom Zahlungsverkehr abgedrängt werden. Das wird sich bald um so mehr rächen, als die Städte damit gerechnet haben, den Kredit der Sparkassen im Rahmen der Sparkassenstatuten bald wieder in Anspruch nehmen zu können. Die Gemeinden werden, wenn sich das zerschlägt, bald ohne Mit= tel dastehen. Es zeigt sich mal wieder, dass man die Reichs= und die Länderfi= nanzen nicht gesondert sanieren kann, sondern dass Reich=, Länder= und Gemein= definanzen ein Ganzes sind und gemeinsam saniert werden müssen. Wenn die Ge= meinden vom Reich jetzt einen Zuschuss in Höhe von 80 Millionen Mark für den laufenden Monat fordern, wird das Reich hier schon Entgegenkommen zeigen müs= sen, falls die Gemeinden ihre Zahlungen, hauptsächlich Gehalts= und Unterstüt= zungszahlungen, leisten sollen. Das Reich hat im Falle der Danat= und der Dres= denerbank in einfach skandalöser Weise tief in den Reichssäckel gegriffen und mit öffentlichem Geld private Betriebe über Wasser gehalten. Die Oeffentlich= keit wird nicht verstehen, wenn das Reich in dieser Notzeit die Gemeinden, die völlig unschuldig an der ganzen krisenhaften Entwicklung sind, im Stich lassen wollte.

Dazu tritt noch, dass die Gemeinden nach der neuesten Notverordnung keine Bürgschaften, keine Kredite, auch keine Kassenkredite ohne die Genehmigung der Aufsichtsbehörden aufnehmen dürfen, sofern die Kredite usw. die Hälfte der Vierteljahrseinnahmen überschreiten. Damit werden die Städte einfach unter Kon= trolle gestellt, die ganze Selbstverwaltung missachtet. Und wenn man sich hun= dert Mal auf die Sünden einiger Städte in den Vorjahren beruft, die ja genügend bekannt sind, liegt für eine derartige Massnahme kein Grund vor und man kann si sich auch nur erklären, dass ein in der Kommunalpolitik bekannter Beamter, der e mit sich vereinbaren konnte, während der krisenhaften Zuspitzung der letzten Wo chen seinen Urlaub zu geniessen, wenige Tage nach seiner Rückkunft der Reichs= regierung derartige Bestimmungen suggerierte. Was soll dieser faule Zauber? Die Lage der Gemeinden ist ernst und ist kritisch und wenn die Gemeinden vor der fürchterlich schweren Aufgabe stehen, die Reste von Kultur= und Sozialpolitik aufrecht zu erhalten, sollte man ihnen diese Arbeit nicht durch überflüssige Bestimmungen noch saurer machen als sie sowieso schon ist.

Die Borükratie, die aus solchen Massnahmen spricht, schädigt die Wirt= schaft mehr als wir denken!

SPD. Die durch die letzte Notverordnung angeordnete plötzliche Kredit= trennung der Sparkassen von ihren Gewährsverbänden, den Gemeinden, hat bei den Kommunen Entrüstung und einmütige Ablehnung hervorgerufen. Der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert hat namens der Städte in einem Schrei= ben an den Reichskanzler und den Reichsfinanzminister Dr. Dietrich scharfen Einspruch dagegen eingelegt, dass diese Notverordnung ohne jede Fühlungnahme mit den Gemeinden und z.T. in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse er= gangen ist.

In dem Schreiben des Städtetages heisst es,dass das Verbot des Kredit=verkehrs zwischen Gemeinden und Sparkassen den Lebensnerv der kommunalen Selbstverwaltung träfe. Es werde völlig verkannt, dass die Sparkassen von jeher auf Grund von Gesetz und Statut zur gleichmässigen Pflege von Realkredit und Kommunalkredit bestimmt seien. Im Realkredit sind heute mehr als 50 % der Sparkassenguthaben angelegt, im Kommunalkredit, der nach dem Gesetz eine In=anspruchnahme bis zu 25 % zulässt, im Durchschnitt gegenwärtig weniger als 17% (nicht nennenswert mehr als in der Vorkriegszeit), obwohl der preussische Innenminister noch vor wenigen Monaten die volle Ausnutzung des Gemeindean=teils den Kommunen zur Pflicht gemacht hatte.

Die Gemeinden stehen im Rahmen der von ihnen in Anspruch genommenen Spar=kassenmittel zugleich in einem regelmässigen Kontokorrent=Verkehr bei den Sparkassen hinsichtlich der für sie eingehenden Steuern,Gebühren und sonstigen Einnahmen. Dieser völlig ordnungsmässige Verkehr wird durch die Notverordnung zerschnitten. Die Gemeinden sind die Träger der Reichs= und Staatsgewalt in der örtlichen Instanz und müssen imstande sein, ihre Zahlungen an Gehältern, Löhnen und Unterstützungen regelmässig zu leisten. Den Anlass zur Krise haben bekanntlich weder die Städte noch ihre Sparkassen,sondern die Grossbanken gegeben,wobei hier nicht untersucht werden soll,inwieweit rechtzeitige Mass=nahmen der Reichsbank die Krise hätten verhindern können. Die Sparkassen sind nicht wegen des legalen Kommunalkredits in Schwierigkeiten gekommen,sondern im Zusammenhang mit der allgemeinen Zahlungsmittelkrise insbesondere deswegen, weil auf ausdrückliches Verlangen der Reichs= und Staatsregierung ein über=grosser Teil der Sparkassenguthaben im Realkredit und in jetzt illiquiden Reichs= und Staatspapieren angelegt worden ist.

Auch vom Standpunkt der Sparer aus wäre diese einschneidende Massnahme nicht notwendig gewesen. Der Status der Sparkassen ist völlig gesund. Die von den Sparkassen im Real= und Kommunalkredit angelegten Beträge sind erst=klassig gesichert. Das Sparkassenpublikum hat in den vergangenen Wochen fast durchweg mit Recht eine besonnene und ruhige Haltung eingenommen; infolge des=sen ist mit Sicherheit anzunehmen,dass auch die bevorstehende Eröffnung des freien Zahlungsverkehrs sich ohne jede Schwierigkeit vollziehen wird.

SPD. Doe Pleite im Nordwollekonzern hat bereits zur Stillegung verschie=dener Betriebe geführt. Tausende von Arbeitern sind in ihrer Existenz bedroht. Der Todeszug der Lahusens, die durch unverantwortliche Spekulationen die Pleit verschuldeten,wird durch folgende Liste gekennzeichnet:

Ausser den Massnahmen im Aachener Bezirk ist bereits die Kammgarnspinne=rei Dresden ausser Betrieb gesetzt, während die Kammgarnspinnerei Kappel (Chem nitz) bereits seit längerer Zeit stillgelegt wurde. Stillgelegt ist auch die Kammgarnspinnerei Focke. Vielfach haben es die Betriebe verstanden,sich der Nordwollekatastrophe zu entziehen. Dazu gehört die Nowa=Strumpffabrik in Chemnitz, die seit Juli nicht mehr der Nordwolle angehört. Sie führt ihren Betrieb fort. Dagegen rechnet man bei den Sächsischen Wollgarnfabriken vorm. Tittel & Krüger in Leipzig mit starken Belegschaftsentlassungen. Die Spinne=rei, die etwa 1 000 Arbeiter beschäftigt, arbeitet jetzt nur zwei Tage in der Woche. Einschliesslich von 500 Heimarbeitern dürften die Sächsischen Wollgarn=fabriken etwa 3 000 Mann beschäftigen. Den Angestellten ist hier die Kündigung schon zugestellt. Ueberhaupt ist der Fall der Sächsischen Wollgarnfabriken sehr aufklärungsreich. Das Unternehmen stützte sich immer auf sein Ostasien=geschäft. Als die Nordwolle den Betrieb schluckte, wurde das Ostasiengeschäft abgetrennt, was sich ungünstig auf die Leipziger Betriebe auswirkte. Man glaub das Unternehmen halten zu können,indem man es aus dem Nordwollekonzern her=auslöst und ihm die Wiederaufnahme des Ostasiengeschäfts verbürgt. Soweit die Kammgarnspinnerei Eisenach in Frage kommt, will sich die Stadt Eisenach

dafür verwenden, eine Stillegung zu vermeiden. Den Angestellten, etwa 100, ist allerdings bereits gekündigt worden. Die Belegschaft von rund 1 800 Köpfen arbeitet vorerst mal 16 Stunden in der Woche. Andere Tochtergesellschaften der Nordwolle haben ihre Arbeitszeit bereits viel weiter reduzieren müssen. So arbeiten die Kammgarnspinnereien Glücksbrunn und Wernshausen nur 8 Stunden in der Woche. Bei der Kammgarnspinnerei Langensalza und der Kammgarnspinnerei Mühlhausen konnte vorerst die 16-Stundenwoche gehalten werden. Für die Wollhaarkämmerei und Spinnerei Hainichen verwendet sich die Stadt Hainichen, die Aufträge bei der Reichs- und Staatregierung gestellt hat. Bei der Weissflog und der Färberei- und Appreturanstalt Schütze & Leube, den Gerser Betrieben der Toga, sind bereits Stillegungsanträge gestellt worden. Hier soll von einer Belegschaft von 1200 Köpfen die Hälfte entlassen werden. Stillegungsantrag ist auch erfolgt bei dem Zweigewerk Markersdorf. Hier kommen für die Entlassung etwa 110 Arbeiter und 14 Angestellte in Frage. Ueber die Fortführung des Werkes Lichtenstein-Callenberg liegt Bestimmtes noch nicht vor. Die Bautzener Tuchfabrik wird nur beschränkt fortgeführt. Hier bemüht sich die Stadt Bautzen einen Käufer zu finden. Sollte diese Absicht scheitern, dann ist wohl mit der Schliessung des Betriebes zu rechnen.

Es ist eine fürchterliche Liste, die die Sünden der Lahusens gezeitigt haben. Und dieses Gesindel hat den Mut, über "marxistische Misswirtschaft" zu reden!

SPD. Der Reichsbund deutscher Mieter hat an die Reichsregierung folgendes Telegramm gerichtet: "Steigende wirtschaftliche Not weiter Kreise der Wohnraummieter und der Geschäftsraummieter erfordert unverzügliche Massnahmen zur Senkung der Mieten für Alt- und Neubauwohnungen bis auf die Höhe der Vorkriegsmieten. Senkung der Hauszinssteuer muss in vollem Umfange zur Senkung der Mieten dienen. Weitere Liebesgaben an den Hausbesitz sind aus Gründen sozialer Gerechtigkeit unerträglich. Weiterer Abbau des Mieterschutzes ist unbedingt abzulehnen. Mittel für den Wohnungsbau bedürfen sofortiger entschiedener Verstärkung".

Dazu bemerkt der Reichsbund, dass sich von Tag zu Tag die Fälle mehren, in denen Wohnraummieter und Geschäftsraummieter nicht mehr in der Lage sind, die Mieten pünktlich oder in vollem Masse zu zahlen. Neubauwohnungen sind vielfach überhaupt nicht mehr zu vermieten, trotzdem die Wohnungsnot infolge der Drosselung des Wohnungsbaus stark ansteigt. Viele Altbaumieter, die zu den pünktlichen Mietezahlern gehören, sind infolge steigender Mietsrückstände mit der Exmission bedroht. Der Mietenindex steht im grössten Teil Deutschlands über dem Lebenshaltungsindex. Weiter wird der Vorschlag des Haus- und Grundbesitzes, die Hauszinssteuer wegfallen zu lassen, von dem Reichsbund abgelehnt. Dieser Vorschlag würde bedeuten, dass dem deutschen Haus- und Grundbesitz ein zusätzlicher Reingewinn in Höhe von 30 Prozent der Friedensmieten = 1,5 Milliarden Mark in den Schoss geworfen würde. Für dieses Geschenk fordert der Haus- und Grundbesitz die sofortige Aufhebung der Mieterschutzgesetzgebung. Der Reichsbund schliesst seine Ausführungen mit folgender Warnung: "Wenn die Reichsregierung die verzweifelte Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung unbedingt noch weiter steigern will, so gibt es zu diesem Zweck allerdings kaum ein besseres Mittel als die völlige Rechtlosmachung der verarmten und verelendeten deutschen Mieterschaft".

Weitere Besserungen.

(Berliner Getreidebörse vom 7. August 1931)

SPD. Auch am Freitag herrschte an der Berliner Produktenbörse ausgesprochen feste Stimmung. Das Angebot in beiden Brotgetreidearten war unverändert schwach. Da sich bei dem gebesserten Mehlgeschäft eine gute Nachfrage nach Weizen und Roggen bemerkbar machte, konnten die Preise für Roggen um 5, für Weizen um 3 bis 4 Mark in die Höhe gehen. Am handelsrechtlichen Lieferungsmarkt fanden am Freitag programmässig keine Notierungen statt. Indessen waren auch hier die Preise bei sehr kleinem Geschäft weiter steigend. Am Mehlmarkt machte sich gesteigerte Nachfrage nach Roggenmehl bemerkbar. Bevorzugt waren dabei die billigen Sorten an Mehl aus der Provinz. Weizenmehl war unverändert angeboten und fand bessere Nachfrage als an den letzten Tagen. Am Hafermarkt waren die Preise gleichfalls eher steigend, obwohl ausreichendes Angebot vorhanden war.

	6. August	7. August
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	184 - 186	186 - 188
Roggen	144 - 145	147 - 148
Neue Wintergerste	136 - 147	140 - 156
Hafer	139 - 144	139 - 144
Weizenmehl	25,00 - 34,50	25,00 - 34,50
Roggenmehl	21,25 - 24,25	22,00 - 24,50
Weizenkleie	10,25 - 10,50	10,00 - 10,25
Roggenkleie	9,50 - 9,75	9,25 - 9,50.

Berliner Viehmarkt.

(7. August.)

SPD. Mit der genügenden Beschickung hat sich am Freitag auch die Preisentwicklung geändert. Auf dem Schweinemarkt lagen Rückgänge bis zu 3 Pfennigen pro Pfund Lebendgewicht vor, die allein auf die genügende Beschickung zurückzuführen sind. Die Verkäufer suchten vergeblich, die letzten Preise zu halten. Besser gelang das auf dem Kälbermarkt, wo die Beschickung ebenfalls genügend war, wo aber der Export stark eingriff. Dagegen gaben auf dem Hammelmarkt die Preise stark nach. Der einzige Markt, der knappen Auftrieb hatte, war der Rindermarkt. Die Preise zogen hier so ziemlich in allen Klassen an.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 55 (57), b) (240 bis 300 Pfd.) 54 - 56 (57 - 58), c)(200 bis 240 Pfd.) 54 - 56 (56 - 58), d) (160 bis 200 pfd.) 52 - 54 (54 - 57), e) (120 bis 160 Pfund) 50 -51 (52 - 54). Sauen 48 bis 50 (51 - 52). Schafe: a) 45 - 47 (48 - 51), b) 47 - 50 (48 - 52), c) 41 bis 45 (40 - 46), d) 20 - 33 (30 - 37). Kälber: b) 50 - 58 (50 - 59), c) 44 bis 55 (42 - 55), d) 32 - 40 (32 - 40). Kühe: a) 32 - 36 (30 - 35), b) 24 bis 30 (23 - 28), c) 20 - 22 (19 - 22) d) 15 - 18 (15 - 18.)

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S+P+D

Berlin, den 7.August 1931.

Der Kampf um Weimar.[x]

Zum 11.August 1931.

SPD. In das Zimmer, in dem die Männer der Regierung versammelt waren, fielen die zitternden Schatten der ersten Dämmerung. L., idealistischer Dränger und grübelnder Philosoph, sprach leise, eindringlich; kurze, unterstreichende Gesten gaben seinen Worten die fiebernde Gewalt einer Volksversammlungsrede. Aber L. dachte nicht an Wirkung, er sprach gleichsam zu sich selbst, während der Flug seiner Gedanken breite Furchen über die zergrübelte Stirn zog. "Wir haben diesem wunderbar vitalen Volk, das immer neue Lebensenergien in sich entdeckt, eine Verfassung gegeben, die nicht alles bedeuten kann, die aber gut ist. Die Glut unseres Freiheitsdrangs haben wir aus ihr sprechen lassen und den Abglanz der schöpferischen Revolutionstage, die hinter uns liegen. Aus den Artikeln der Reichsverfassung spricht in manchen die Zwiespältigkeit des Kompromisses. Aber trotzdem -, sie ist Blut von unserem Blut."

"Wir stehen erst am Anfang-" sagte Dr.F., als L. geendet hatte, und etwas wie Melancholie überflog sein schmales blasses Gesicht, "wie oft werden wir missverstanden werden. Wieviel Hass wird sich an unsere Fersen heften, wieviel Böswilligkeit und wieviel Verzweiflung, die einen Blitzableiter sucht - - "

"Vor Hass fürchte ich mich nicht, aber eins könnte mich vielleicht zerschlagen-: die mögliche Enttäuschung derjenigen, die mir vertraut haben -" "Enttäuschung -?" meinte G. und sah fragend auf. "O ja", erwiderte L. und seine dunkle Stimme füllte den dämmrigen Raum. - "Bedenken Sie die nebelhafte Undurchsichtigkeit der Lage. Alles ist in Fluss. Ein verlorener Krieg, ein harter Friedensvertrag drücken auf unseren Schultern -, dazu kommt die entnervende Unsicherheit in unseren Beziehungen zum Ausland. Eine Unsicherheit, die täglich ja stündlich all unsere Arbeit über den Haufen werfen kann....."

"Auch die Verfassung.....?!" F.sagte es und es klang wie ein Schrei. L.zuckte mit den Achseln. "Vielleicht. Aber, bedenken Sie, es gibt auch andere Gefahren. Möglichkeiten der Sabotage. Wenn das Gesetz, dem wir die Seele unserer Zeit einhauchen wollen, nur totes Papier, nur dürrer, lebloser Paragraf bleibt? Wenn man den Inhalt unseres Werkes missversteht? Wenn Intriganten die neue Freiheit missbrauchen und sie damit unterhöhlen - ? Man wird uns nichts ersparen. Eine Hölle werden sie loslassen -. Vielleicht werden sie auch auf uns schiessen. Denn diese Verfassung, wirkliches Leben geworden, wäre der Tod jeglicher Reaktion. Das wissen jene gut. Der Kampf wird ernst werden. Aber alle Chancen des Endsiegs sind in unserer Hand. Möglich allerdings, dass die Siegesfahnen erst über unseren Gräbern wehen werden." Seine Stimme hatte einen leisen traumverlorenen Klang angenommen. Tiefe Stille lagerte minutenlang über dem Zimmer. Niemand sprach ein Wort -. Bis H.energisch aufstand, seinen Stuhl zurückschob und sagte: "Beginnen wir den Kampf-!" - -

+

Der Leutnant a.D. und jetzige Medizinstudent Herbler sass im Zimmer seines Freundes Berhard Schmirk. "Hass -" sagte er und seine dunkelblauen Augen irrten erbittert ab, "Hass, das ist das einzige, was einem noch übrig bleibt. Entwurzelt, zerschlagen, gehetzt, ausgehungert -, so steht man jetzt da. Den Mittelstand haben sie proletarisiert und dann abgestossen. Jetzt kann man stempeln gehen wie irgend ein Kanalpenner. Ein Leben in Schönheit und Würde haben

sie uns versprochen, diese Schweine -, und was ist geblieben?! Die Diktatur der Rassefremden. Eine Verfassung haben sie gemacht, die uns völlig auffrisst. Volksfremd, undeutsch, westlerisch-, zugeschnitten auf die Belange des jüdischen Finanzkapitals-. Deshalb haben wir uns draussen mit der halben Welt herumgeschossen-? Berhard, wo sind unsere Illusionen! - Meine Eltern waren früher reich; meinst Du, ich hätte jemals daran gedacht, vielleicht einmal für mein tägliches Brot kämpfen zu müssen -? - - Leute meines Schlages haben keine Illusionen mehr. Aber eins ist geblieben-, Hass, unbezähmbarer Hass - - .

Der Leutnant a.D. Herbler schwieg einen Augenblick und sah wild vor sich hin.

"Weisst Du, was man machen müsste - - - " begann er dann wieder mit einer Stimme, die seltsam verkniffen, fast lauernd klang, während er sich dicht zu seinem Freunde hinbeugte - - -

+

Als das Auto des Ministers um jene nun historisch gewordene Ecke bog, wo die uralten Bäume mit dem seidig schimmernden Grün stehen, knallten die Schüsse der Maschinenpistole. Neun Kugeln durchlöcherten den Körper des Mannes, dem, als einen der Repräsentanten der neuen Zeit, der Hass des ehemaligen Leutnants Herbler galt. Lautlos sackte der Getroffene zusammen. Seine ersterbenden Augen fingen noch einmal die ganze berauschende Schönheit des Sommervormittags auf, streiften, schon beinahe blind, die gesegnete Würde der laubgeschmückten Bäume und versanken dann in Nacht. Der Kraftwagen, der den Mörder und seine Maschinenpistole barg, sauste in fliehender Eile davon. Durch die halbgeöffnete Tür des Ministerautos sickerte ein dünner unaufhaltsamer Blutstrom -. Eine halbe Stunde später war die ganze riesige Stadt in fiebernder Erregung. Extrablätter flatterten durch die Strassen, in Gruppen ballten sich die Menschen und fühlten, von Entsetzen und Wut gepackt, nach diesem Verbrechen nun erst recht, die Idee des neuen Deutschlands, die sie eint. Inzwischen jagten die Polizisten hinter dem Wagen des Mörders Herbler her. - -

+

Verfassungstag. Aus den Häusern wehen die Fahnen der Republik. Trommelwirbel, Musikklänge. Dann ziehen sie in endloser grauer Schlange vorüber, die flatternden Sturmfahnen voran, immer auf der Wacht, immer im Kampf, die Frontsoldaten der Republik, die Kameraden vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Endlos der Zug, endlos die Begeisterung, -zu beiden Seiten der uniformierten Menschensäule strömt das Volk mit. Gesang steigt auf. Die Melodien der Freiheitskämpfer der Barrikaden von 1848 durchklingen die Luft. Das Volk feiert seine Verfassung. Trotz alledem. In irgend einen Strassenwinkel, ganz zurückgezogen und von der Menge nicht gesehen, beobachten L. und Dr. F. den Vorbeimarsch der vielen Tausende. "Nun-" sagte L. und etwas wie Rührung zittert in seiner Stimme, als er sich jetzt zu seinem Kollegen wendet, "erinnern Sie sich an jene Unterredung mitten in den ersten Sturmtagen - -? Haben wir umsonst gekämpft-?"

"Nein, nicht umsonst. Und doch ist dies alles noch Anfang....."

K.K.

Schwarz, Rot und Gold !

Bekenntnis zum Verfassungstag.

Blickt auf die alten Fahnen -
Sie trotzten schon dem Tod,
Sie rufen, und sie mahnen,
Sie künden Morgenrot!

Sie tragen viele Wunden,
Manch' Schuss hat sie zerfetzt

In kampfdurchglühten Stunden,
Sie wehten bis zuletzt -!

Auf Barrikaden flammten
Sie kühn im Morgenwind,
Als Kampfruf der Verdammten,
Die doch die Sieger sind!

Vermorschtes brach zusammen,
Aus Unrecht, Not und Leid
Wuchs in des Weltbrands Flammen
Die neue, bessre Zeit! -

Die blutdurchtränkten Fahnen
Sie wurden stolz entrollt,
Die Farben unsrer Ahnen,
Schwarz, Herzblutrot und Gold!

Volk, Du wirst sie beschirmen,
Wenn Hass sie schrill umgellt,
Lasst sie im Winde stürmen
Als Fackel dieser Welt! B.

Sommer am Meer.[x]

SPD. Kaum stärker als dein Blut im Handgelenk bewegt das Meer mit ruhigem Atem samenfeine Kieselsteinchen Bruchteile eines Millimeters hin und her, vor und zurück, auf und ab. Der schmale Strand steigt jäh in einer Steilwand dreissig Meter über dem Meere hängend hoch.

Du sahest vielleicht die Sphinx der Pharaonen und hast ihren Sinn begriffen. - Hier am Meere hast du Gewaltigeres und Risenhafteres als die Gesichter am Wunder-Nil. Im Würfelspiel der Wellen zeigen Meer und Erde dir alle Urgeheimnisse vom ersten bis zum letzten Weltgeschenen. Hier ist die Erde unberührt von Menschenhand. Der Fuss, den du hier vorwärts setzt, geht Schritt für Schrit Jahrtausende zurück, und jeder Schritt ist eine Ewigkeit, die deine Sinnevergebens zu umspannen suchen.

Ein wildes Felsgewirr von Steinblöcken sperrt den Weg. Es liegt um das Riesenhaupt der Steilwand wie eine schwere Kette.

Wer schleuderte die mächtigen Feldsteine und Riesenquader wie feindliche Wurfgeschosse gegen die trozige, unbewegliche Stirn?

Riesenkräfte schleppten auf Eis gepanzerter Strasse den Granit zu wütendem Angriff jahreweit hierher. Munitionstransporte der Eiszeit!

Und heute?

In den Lehm der Steilwand hat das Meer Stalaktiten zu einer riesigen Orgel geformt. Die Schwerkraft des Tauwassers hat mit dem niederfallenden Regen die Frostrisse zu schmalen und breiten Orgelpfeifen geglättet und gerundet und eine Riesenorgel aufgebaut.

Wellen singen zum Spiel des Windes das Credo der Unendlichkeit.

Neben der Riesenorgel steht dir unter regensicherem Wurzelgeflecht eine Höhle, die erste Menschenwohnung, offen. Hier ist der Menschheit Vaterhaus.

Mit Muschelkränzen hat das Meer die Schwelle bestreut.

Nimm diese Muscheln in die Hand! Fühle über die winzigen Brüste hin! Die sanft gewölbte Schale kreist in Meerewellen mit ihren Linien auf und ab und häl als marmornes Gefäss den Kern des Lebens. Wende die Muschel und dir öffnet sich eine Opferschale, die mit ihrem Perlmutt in sieben Farben das Rätsel grös-

ser macht. Du hältst in deiner Hand das erste, älteste Gefäss, das ersten Trunk den Menschen bot und das an deinem Ohr das Meer - dein eigenes Blut im Widerklang - brausend ertönen lässt.

Des Meeres ewige Bewegung gebar die winzige Muschel. Oder war es die winzige Muschel, deren Gesetze allen Ozeanen ihre ungeheuren Gewalten gab? Fragend spielen wir Verstecken...immer suchen wir uns selbst!

Eine Fischgräte liegt im Sande und eine Feder dicht dabei. Sie sind im Bau den Tannen gleich, die spitz über die Steilwand ragen.

Ich zerbreche die Fischgräte und finde eine seltsame Brückenkonstruktion zum Seestern und zur Muschel hin.

Die Muscheln, Schnecken, Schrauben, Muttern (Mutter, welch ein millionenfaches Bindestück!), Gewinde, Uhrfeder, Spindel, Spule, Motor,... endlos sind die Zusammenhänge von Stoff und Geist bis hinauf zu den Spiralnebeln der Milchstrasse.

Unsere Parallelen treffen sich unendlich!

Wir sind im Atemzug den strahlenden Lebenswindungen der Muschel verbunden. Wir sind ihr gleichgestellt mit Blutkreislauf und kreisenden Gedanken. Die Schale, die mein Hirn umschliesst, ist eine Schnecke, um nichts schneller und nichts langsamer als das gewaltige Meer. Der Felsen, der im Meere liegt, wird immer meine Schulbank sein!

Das Meer treibt eine Qualle in meine eingetauchten Hände hin und her. Das Meer wiegt der Qualle Leben zu, wie deine Mutter dir auf ihren Armen Leben zutrug und dich in ihrem Fruchtwasser hielt, darin du wie eine Qualle als unscheinbares Embryo mit deinem Herzenskern- im Pulsschlag auf- und niederwogtest.

Im Spiel des kaum bewegten Meeres treiben die vierherzigen Quallen wie rätselhafte Sterne auf dunklem Lebensgrund. Ihre vierteiligen Herzenskerne eröffnen dir geometrische Künste, die in gotischen Rosenkreuzfenstern die Wände der Dome und Münster durchbrechen.

In jedem Auf und Ab der seltsamen Rundgebilde schwingen des Meeres Zirkelschläge und legen Zahlenspiele zusammen, die ein Michelangelo in die Kuppel eines Petersdomes hineinzauberte.

Eine gläserne Kuppel schwimmt die Qualle - eine Meeresglocke ohne Klang.

Leise atmend wie eingeschlafene Kinderlippen liegt das Meer und schwemmt mir alles Lebens Ur- und Grundgestalten in Hand und Hirn. Ich spüre, was die Wissenschaft aus der Dunkelkammer der Sternennacht auf die fotografische Platte bringt.

Was in den Drehwirbeln der ewigen Strasse droben wandert, sagt mir die siebenfarbige Schale als Perlmutt, die dem Meere entsteigt und zeigt die Schnecke, die mit strahlendem Gehäuse das grosse Weltenhaus des Alls auf ihrem Rücken trägt.

Jeder Stein zu deinen Füssen ist ein Hammer in deiner Hand und wird unter deinen Augen ein Gewächs, darüber du hinwegstirbst!

Ich hebe einen Stein vom Strande auf. Er ist mit Poren besetzt wie meine Haut. Versteinerte Saugnäpfe Mund an Mund - wie kleinste Gefässe, wie sechseckige Waben im Bienenhaus. Die kleinen Gefässe fassen in Strahlen eines das andere. Sie klammern sich in ihrer scheinbaren Unregelmässigkeit an eine Ordnung, die wir nur in den Sternen möglich glauben.

Millionen Jahre weit sind wir von allen Sternen...wie weit sind wir von uns entfernt?

C.P.Hiesgen.

SPD. Rundfunk in China. In China soll es bei einer Einwohnerzahl von 300 Millionen nur 10 000 Rundfunkhörer geben. Die geringe Beteiligung wird durch die Radiofeindschaft der Regierung erklärt, die verhindern will, dass die unter sich uneinigen chinesischen Völker durch das Radio aufgeklärt werden.

Geheimnisvolle Mächte.[x]

SPD. Jeder von uns hatte schon "Ahnungen". Ulrich Müller-Hannibal hat hier ein paar solcher Fälle gesammelt, berühmte und unbekannte. Die Leser werden aus ihrer eignen Erfahrung entsprechende Merkwürdigkeiten hinzufügen können.

Es mag ein Zufall sein, dass der Wind ausgangs Juli 1914 die letzte der drei mächtigen Friedenspappeln bei Jena umriss. Man braucht darin noch keine okkulten Zusammenhänge zu sehen, das Ausbrechen des Weltkrieges darin verspüren. Es waren aber wohl keine Zufälle, dass Frauen und Mütter von einer inneren grossen Unruhe geplagt wurden, zur selben Stunde als ihre Männer und Söhne fern der Heimat im furchtbaren Weltenringen ihr Leben aushauchten.

Wie oft tritt etwas in unser Erdendasein, das wir kommen gesehen, das wir geahnt haben. Wie oft erleben wir etwas, was uns als eine Schickung erscheint.

Als Goethe am Neujahrstage des Jahres 1805 den für seinen Freund Friedrich von Schiller geschriebenen Neujahrsgruss vor der Absendung noch einmal durchlas, entdeckte er, dass er statt vom "wiedergekehrten Neujahrstag" vom "letzten Neujahrstag" geschrieben hatte. Wuterfüllt, wie ihm eine solche Gedankenlosigkeit habe passieren können, zerriss er den Brief und schrieb einen neuen Neujahrsgruss. Aber dabei musste er sich äusserst scharf zusammennehmen, um nicht wieder denselben Fehler zu machen. Das versetzte ihm einen grossen Schreck und gab ihm eine tiefe Ahnung ein, sodass er noch selbigen Tages der Frau von Stein davon erzählte und dann meinte, er oderSchiller würde den nächsten Neujahrstag nicht mehr erleben. Und Schiller weilte bereits nicht mehr unter den Lebenden als der Sommer kam. -

Als der Dichter Rober Hamerling im Sterben lag, da schüttelte ein Birkenbaum vor dem Arbeitszimmer seines Freundes Peter Rosegger sein Blätterkleid mitten im heissen Sommer von sich, dass die Leute neugierig auf der Strasse stehen blieben und das Naturwunder bestaunten. Sinnend stand auch Peter Rosegger am Fenster seines Arbeitszimmers und schaute auf dieses eigenartige Naturspiel. Und als er einige Stunden später die telegrafische Nachricht von dem Tode seines Freundes und Gönners erhielt, der zur selben Stunde sein Leben ausgehaucht hatte, als der schlanke Birkenbaum vor seinem Hause die Blätter von sich geschüttelt hatte, konnte er in diesem Naturwunder nichts anderes sehen als die Ankündigung des Todes Robert Hamerlings. Als er dann an den Schreibtisch ging, um das letzte Werk des befreundeten Dichters zur Hand zu nehmen, da hatte der Wind in den Blättern des Buches geweht und eine Seite durch das offene Fenster mit gelben Birkenblättern bestreut. Es war jene Seite, wo Robert Hamerling von seinem Siegelring und Talisman erzählte. Nach einigen Tagen erhielt er einen Auszug aus dem Testament des verstorbenen Freundes: "Meinen Freund P.K.Rosegger bitte ich, meinen Siegelring, welcher den mir am Beginne meiner literarischen Laufbahn von Graf Prokesch-Osten geschenkten türkischen Talisman enthält, und den ich viele Jahre am Finger getragen, als Andenken freundlichst anzunehmen." -

Ein mir befreundeter Dramatiker kam von einer Uraufführung eines seiner Werke zurück und hatte in einem kleinen ostdeutschen Städtchen beim Umsteigen einen längeren Aufenthalt. Er ging in den Wartesaal. An den Tischen an den Wänden sassen einige Reisende. Allein zwei in der Mitte des Warteraumes stehende Tische waren unbesetzt. Auf einem von ihnen stand ein Glas Bier, das nicht ganz geleert worden war. Mein Freund setzte sich an diesen Tisch, rief den Kellner, bat ihn,das Glas wegzunehmen und bestellte sich ebenfalls ein Glas Bier. Kaum, dass der Kellner fortgegangen war, fiel sein Blick auf den leeren Tisch nebenan, und in demselben Augenblick machte er sich scharfe Vorwürfe, warum er sich nicht an den nebenstehenden Tisch gesetzt hatte. Sein

Gewissen plagte ihn so stark, dass er tatsächlich wieder aufstand und an dem anderen Tisch Platz nahm. Wenige Sekunden später, fielen aus der Decke des Warteraumes gerade über seinem ersten Platz einige Mauersteine herab und zertrümmerten krachend den Stuhl, von dem er sich eben erhoben hatte.... -

Vor einigen Jahren hatte ich in einem Zeitungsaufsatz "Die Geschichte eines alten Tisches" geschrieben. Ich hatte erzählt, wie meine Grossmutter diesen Tisch in ihren jungen Jahren auf einer Auktion für fünfzig Pfennig erstanden hatte und was er dann bis auf den damaligen Tag, als er meine Junggesellenbude schmückte, alles erduldet hat. Beim Schreiben des Aufsatzes freute ich mich, meine Arbeit meiner Grossmutter gedruckt vorlegen zu können. Als ich den Aufsatz jedoch in den Briefumschlag steckte, sagte mir eine innere Stimme, dass meine Grossmutter nicht mehr lebenwürde, wenn er gedruckt wäre. Ich unterdrückte indes die Ahnung, weil meine Grossmutter trotz ihres hohen Alters eine sehr rüstige Frau war. Es gingen einige Wochen ins Land, der Aufsatz war angenommen, aber immer noch nicht gedruckt. Unerwartet kam dann die Nachricht von dem plötzlichen Tod meiner Grossmutter. Ohne eine Krankheit, ohne einen Schwächeanfall war sie eines Nachts ins Jenseits entschlummert. Nach einer Woche bekam ich dann meinen Aufsatz gedruckt vor Augen.....

Operationsgefahr und Autoverkehr.[x]

SPD. Im Wochenbett, bei Krampfadern oder nach Operationen kann sich in einem Blutgefäss ein Gerinsel bilden, ein Propf oder Thrombus, der das Gefäss verstopft und zur Thrombose führt. Wird ein solcher Pfropf durch den Blutstrom an eine andere Körperstelle geführt und verstopft dort wieder ein Blutgefäss, so spricht man von Embolie. Betrifft die Embolie das Herz, die Lungen oder das Gehirn, so kann plötzlicher Tod eintreten. Es ist darum nur zu begreiflich, wenn bei Operationen von den Ärzten nichts mehr gefürchtet wird als das Auftreten dieser gefährlichen, durch keine Vorsicht zu vermeidenden Embolien, und man versteht, dass die Chirurgen nur mit Entsetzen die Tatsache verfolgen, dass in den letzten Jahren in allen Kultusländern die Zahl der Embolien nach Operationen in raschem Steigen begriffen war.

Eine Erklärung hierfür erschien zunächst unmöglich, die Ärzteschaft stand direkt vor einem Rätsel. Indes wurde fieberhaft daran gearbeitet, die Ursache dieser Erscheinung aufzufinden. Eine ganze Reihe von Einzeltatsachen wurden nun auch bekannt, die die Propfenentstechung begünstigen, und die besonderen Dispositionen nach Alter, Geschlecht, Entstehungsart und allgemeiner Körperbeschaffenheit wurden aufgedeckt. Damit war aber die Ursache für die zahlenmässige Zunahme der Verstopfungen in den letzten Jahren noch nicht geklärt, denn jene Faktoren waren auch in früheren Zeiten immer die gleichen. Es musste also noch irgendeine gemeinschaftliche Schädigung zugrundeliegen, die während der letzten Jahre neu hinzugekommen war. Allerlei Annahmen, von denen manche bestechend waren, wurden aufgestellt, ohne dass eine sichere Entscheidung getroffen werden konnte. Erkältungskrankheiten, die seit 1918 in so veränderter Form aufgetretene Grippe, die vermehrte Zufuhr von Kalisalzen infolge künstlicher Düngung und manches andere hat man der Reihe nach verantwortlich gemacht, bis Professor E. Payr die Vermutung aussprach, dass die Schädigungen des neuzeitlichen Grosstadtlebens hierbei eine Rolle spielen könnten, wobei besonders an Benzin- und Benzoldämpfe, die Staub- und Rauchplage und die Entwicklung schädlicher Dämpfe zu denken sei.

Auf Payrs Veranlassung wurden nun an der Chirurgischen Universitätsklinik in Leipzig die Thrombosefälle bearbeitet und es wurde festgestellt, dass die ganz überwiegende Mehrzahl der Fälle der Stadtbevölkerung angehört. Eine ganz wesentliche Veränderung in den äusseren Lebensbedingungen besonders der Grossstadtbevölkerung während des letzten Jahrzehnts ist nun sicherlich die zuneh-

mende Vermischung der Atemluft mit Autoabgasen. Dr.Kuntzen folgte daher der Anregung Payrs und stellte sich die Aufgabe, experimentell nachzuprüfen, ob durch chronische Vergiftung mit Autoabgasen eine erhöhte Thrombosebereitschaft zustandekommt. Als Versuchstiere wurden Ratten und Kaninchen benutzt. Die Tiere wurden täglich in gasdicht schliessende Käfige von 110 Liter Rauminhalt gesetzt. Dann wurden in die Käfige Auspuffgase geleitet, und zwar wurden die Gase direkt vom Auspuff mit einem grossen Gummibeutel aufgefangen. Der verwendete Betriebsstoff war ein Benzin-Benzolgemisch. Die eingeleitete Gasmenge betrug jedesmal 2 - 3 Liter und die tägliche Gaseinwirkung 20 Minuten bis ½ Stunde. Diese Vorbehandlung der Tiere dauerte 2½ Monate, dann wurden sie auf Thrombose-Bereitschaft untersucht. Durch eine Einspritzung in eine grosse Blutader wurde eine geringe Gefässwandschädigung hervorgerufen, die indes hinreichte, von 15 vorbehandelten Gasratten 4 innerhalb von 24 bis 48 Stunden an Aderverstopfung zu Grunde gehen zu lassen. Von 10 vorher nicht mit Gas behandelten, aber genau in der gleichen Weise operierten Kontrolltieren, starb kein einziges. Es ergab sich also ein deutlicher Unterschied im Verhalten der Vorbehandelten und der nicht vorbehandelten Tiere, in dem Sinn, dass die der Gaswirkung ausgesetzten Tiere eine erhöhte Thrombosebereitschaft zeigten.

Es ist danach wahrscheinlich, dass wir in der zunehmenden Vermischung unserer Atemluft mit Autoabgasen, der der grösste Teil der Grosstadtbevölkerung zwangsweise ausgesetzt ist, den wichtigsten Faktor vor uns haben, der zu der Häufung der Thrombose- und Embolieefällen der letzten Jahre beigetragen hat. Das Rätsel, das den Ärzten soviel Kopfzerbrechen gemacht hat, nähert sich der Lösung. Schwieriger zu lösen sein wird die Frage, wie wirksam Abhilfe zu schaffen sei, zumal nach Untersuchungen der jüngsten Zeit vermutlich auch die Zunahme des Lungenkrebses mit der Verschlechterung unserer Atemluft durch Auspuffgase zusammenhängt.

Die Weekend-Bewegung allein, so wichtig sie auch für unser körperliches und seelisches Wohlbefinden sein mag, ist unzureichend, wenn wir im übrigen gezwungen sind, uns die ganze Woche hindurch chronisch zu vergiften. Es ist heute die höchste Zeit, das Problem, wie kann die Atemluft in den Grosstädten verbessert werden? ernstlich in Angriff zu nehmen!

Dr.Lily Herzberg.

Amerikaner untereinander.[x]

SPD. "Ratten," sagte Bill, "von Ratten kann mir keiner was erzählen. Ich habe Ratten kennen gelernt, ich! Ratten, sage ich dir, alter Junge, so gross wie Ferkel!"

"Haha!" lachte da Bob, "deine Erzählungen reizen mich zum Lachen. Ratten so gross wie Ferkel - soll das etwa auch etwas sein. Mein lieber Freund, es war im Jahre 1917. Da lag ich in Frankreich im Schützengraben, im Unterstand. Eines Nachts wache ich aus dem Schlaf auf, blinzele um mich und was sehe ich? Eine Ratte, die meinen Trenchcoat anprobierte.....!"

+

"Bei uns im Museum gibt es ein Buch, das ist vom Kaiser Augustus selbst geschrieben. So was habt ihr nicht?" meinte Bill.

"Ach, du lieber Himmel! Damit kannst du mir ja nicht ein bisschen imponieren. Wir haben in unserem Museum den Bleistift, mit dem Noah die Tiere in seiner Liste angekreuzt hat, als sie in die Arche gingen....."

+

"Ich habe gehört, Ihr Städtchen soll sehr gesund sein?"

"Oh ja, das kann man wohl behaupten," sagte MacNab und spuckte aus.

"Wie kommt es aber dann, dass der ganze Kirchhof voller Gräber ist?" fragte der Fremde.

"Bei uns stirbt keiner, da sind wir ein viel zu gesundes Städtchen dazu. Was nun die Gräber betrifft, so liegen darin lediglich die Ärzte und die Leichenfrauen. Die sind samt und sonders Hungers gestorben....."